

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

› Die dunkle Seite der Boomtown

Geschäfte zwischen Palermo und Paunsdorf,
zwischen Moskau und Mockau Seite 3

› Charlie, der Hausgeist

Kulturlosigkeit, Missachtung und Hoffnung in einer
philosophischen Angelegenheit Seite 4

› Wessen Schule ist die Schule

Meinungen, Diskussionen und Kommentare über
Lehrer, Schüler und Zeugnisse Seite 5

› Kompromiss in der Ukraine?

Wie fing alles an mit den beiden Viktors Seiten 8/9

› Wunderwaffe im Kalten Krieg

1947 wurde der Marshallplan aufgelegt Seite 12

11

2007

1,30
Euro

15. Jahrgang
1. Juni

www.
leipzigs-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

EU-Ministertreffen in Leipzig

Außer Lippenbekenntnissen nix gewesen

Das Bündnis „Stadt für alle“ rief für den 24. Mai zu einer Demo gegen das informelle EU-Ministertreffen zur Stadtentwicklung in Leipzig auf. Es war eine sehr konsequente, aber auch die bunteste, die die Stadt seit langem erlebte. Nicht nur weil eine Clown-Truppe deeskalierend wirkte.

Gefordert wurde eine zivilisierte Stadt und keine Stadtentwicklungspolitik, die von Privatisierungen und Überwachung geprägt ist. Diese bürgerfeindliche Politik wurde europaweit in einer „Leipzig Charta“ festgeschrieben.



Foto: Eiltzer

Siehe Seite 2

Kinder, so sagt man, sind das einzige, was in einem modernen Haushalt noch mit der Hand gewaschen werden muss. Will sagen, sie brauchen besondere Fürsorge, sie brauchen unsere ganze Liebe und Aufmerksamkeit. Wie sonst sollten sie später selber lieben können, fürsorglich, verantwortungsbewusst sein.

Kinder sehen die Welt, die sie umgibt, ganz unkompliziert. Das haben sie aus den Märchen gelernt: Es gibt das Gute und es gibt das Böse. Und das war's auch schon. Das Böse muss von tapferen Rittern und anderen Helden bekämpft und das Gute einfach zum Vorbild genommen werden. Wir Erwachsenen versuchen ihnen – aus Liebe – noch ein Weilchen zu verschweigen, dass wir das alles ja so viel, viel komplizierter gemacht haben. Wobei, ist es das tatsächlich?

Erich Kästner meinte: Dass wir wieder werden wie die Kinder, ist eine unerfüllbare Forderung. Aber wir können zu verhüten suchen, dass die Kinder werden wie wir.

Schön gesagt. Bloß, die Kinder werden wie wir! Allein das folgende Beispiel belegt es: Oder ist es etwa nicht böse – nein das ist zu schwach – es ist obszön und kriminell, wenn 14-jährige dieser Tage zur Jugendweihe in Sippenhaft für ihre auf ALG II angewiesenen Eltern genommen werden? Laut Ge-

Gedanken zum Kindertag am 1. Juni

Es gibt nichts zwischen Gut und Böse

setz werden alle Geldgeschenke über 50 Euro von den paar erbärmlichen ALG-II-Euro abgezogen. – Allerdings, dazu müsste die Geschenksomme der Arge gemeldet werden. Würden Sie das tun? Ich niemals! Also ist das Kind zuallererst darauf einzuschwören, niemandem etwas über den Inhalt seiner Sparbüchse zu sagen. Auf gut deutsch, es muss wie die Erwachsenen lügen, will es sich seine Geschenke nicht vom Staat stehlen, sie nicht in die Familienkasse für Brot und Margarine einfließen lassen. Selbstredend bin ich die Böse – so die ohnehin gängige Regierungmeinung über die Sozialschmarotzer und Leistungserschwindler –, ich ganz allein; denn ich betrüge die Arge und ich erziehe mein Kind zum Lügen. Wer aber ist der Gute in diesem Spiel? Der hat, so scheint es, keinen Platz in dieser Gesellschaft. Ein ganz anderes Beispiel: Ohne Wenn und Aber, Krieg ist böse und Frieden die einzige Alternative. So eindeutig sehen das nicht nur Kinder in ihrem schlichten Schema, sondern auch über 60 Prozent der Deutschen, die fordern, dass deutsche Soldaten aus Afghanistan abgezogen werden. Welche Mutter

oder welcher Vater will schon, dass sein Sohn entweder zum Mörder oder – was ist nun schlimmer? – zum Kanonenfutter wird. Wo ist der tapfere Ritter, der die bösen Schäubles und Jungs und wie sie alle heißen, verjagt – diese krankhaften Erfüllungsgeliefen des Bush-Terrors?

Wir leben nicht im Märchen. Dennoch, zwischen Gut und Böse gibt es nicht viel. Und deshalb mag ich – weil ich Kinder liebe – keine Lehre, in der ein Gerechter – noch dazu im Sinne seines Vaters – ans Kreuz genagelt wird, um für uns alle zu leiden. Ebenso wenig mag ich deshalb einen Staat, der unsere Söhne für das Schmarotzertum unersättlich Böser in Kriegen verheizt – und dann Messen für die ach so sinnvoll Geopferten lesen lässt. Noch mehr Krieg hilft keinem geschundenen Land. Er erzeugt nur, was er selber ist, weiteren Terror. Friedlicher Aufbau braucht keine Waffen. Nur – wo die Bushs sind, da waltet das Böse ... (Übrigens: Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Milliarden Dollar für Militärmaßnahmen, aber nur 7,5 Milliarden Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.)

Dass wir wieder werden wie die Kinder, ist tatsächlich eine unerfüllbare Forderung. Wir können ja noch nicht einmal verhüten, dass sie werden wie wir, wenn wir Politikern wie Schäuble und Merkel und Jung das Land überlassen.

• MAXI WARTELSTEINER

f

Es gilt, einen Dammbuch zu verhindern ...

Am LN-Telefon: Jörg Pfeiffer, Verdi-Gewerkschaftssekretär
im Fachbereich Telekommunikation

LN: Es wird vom „Dammbuch“ gesprochen, wenn sich die Telekom-Spitze mit ihren Vorstellungen durchsetzen würde. Wieso dieser im wahrsten Sinne des Wortes „katastrophale“ Begriff?

Man muss dazu wissen: Die Telekom ist ein DAX-notiertes Unternehmen mit ca. 10 Mrd Euro Gewinn in den letzten zwei Jahren. Wenn es hier gelingt die Entgelte um 40 % bis 2009 abzusenken, dann ist natürlich zu befürchten, dass das auch andere Betriebe mit weit weniger Gewinn letztlich versuchen werden. Hinzu kommt, dass die Telekom noch zu einem nicht gerade geringen Prozentsatz im Besitz des Bundes ist. Der müsste eigentlich ein Interesse haben, dass die Arbeits- und Entgeltbedingungen in so einem Unternehmen auch stabil bleiben.

Warum?

Na, wenn hier der Damm tatsächlich bricht, das wäre doch die tollste Einladung für private Unternehmen zu weiterem Lohndumping. Sie würden sich sagen, wenn so etwas in einem Betrieb, wo der Bund noch kräftig mithält, möglich ist, dann dürfen wir uns das in der Privatwirtschaft erst recht erlauben.

Wie würde sich denn – nach Konzernvorstellungen – die lohnpolitische Situation der Betroffenen in den nächsten Jahren entwickeln?

Geplant sind da mehrere Abschnitte: Es würde beginnen mit dem 1. Juli dieses Jahres, wo die Arbeitszeit um vier Stunden pro Woche ohne Entgeltausgleich nach oben geht. Der zweite Abschnitt wäre datiert mit dem 1. Januar 2010. Zu diesem Zeitpunkt sind dann die bisherigen Löhne und Gehälter um insgesamt neun Prozent abgesenkt. Hinzu kommt aber noch das Folgende: Ab diesem Zeitpunkt würden dann von diesem abgesenkten Gehalt nur noch rund 80 Prozent als „fest“ eingestuft. Die restlichen 20 Prozent würden variabel gehalten. Die Beschäftigten hätten darauf keinen Einfluss, würden aber garantiert ein weiteres kräftiges Minus in ihrer Geldbörse spüren.

Zu Pfingsten war es etwas ruhiger im Streikgeschehen. Wie geht es nun weiter?

Wir sind am Dienstag nach Pfingsten wieder in den Arbeitskämpfe eingestiegen, mit ungefähr 400 Streikenden in der sächsischen Region. Wir reagieren da

aber flexibel und passen uns der jeweiligen aktuellen Situation an. Wir führen jetzt in mehrer Städten Sachsens, darunter auch in Leipzig, Protestveranstaltungen durch. Das wird in unterschiedlicher Form passieren aber unübersehbar. Teilweise planen wir Autokorsos. Das wird flächendeckend und in der gesamten Bundesrepublik passieren.



Streiklokal am Johannispfatz. Foto: Eiltzer

Bei einer Leipziger Tochtergesellschaft der Telekom wurde Mitarbeitern folgendermaßen gedroht: „Wer streikt, wird entlassen oder trägt die Ausfallkosten!“ Ist Ihnen so etwas bekannt?

Das ist korrekt und zeigt die Zuspitzung der gesamten Situation. Der dortige Arbeitsdirektor hat das so brutal formuliert. Man muss aber dazu auch wissen: Wir dürfen die Mitarbeiter von T-Mobile nicht zum Arbeitskampf rufen, weil in diesem konkreten Fall die Angestellten von der geplanten Ausgliederung nicht betroffen sind.

Auf welchen Rückruf der Konzernleitung warten Sie in den nächsten Tagen?

Unsere Position ist ja hinlänglich bekannt und schon öfter auch dargestellt worden. Sobald die Telekom signalisiert: Wir sind bereit, mit Euch auf einer anderen Grundlage zu reden, dann werden wir auch an den Verhandlungstisch zurückkehren. Ich sage es auch noch einmal deutlich: Wir haben wahrlich kein Interesse, die Streiks über viele Wochen zu führen. Wir denken da auch an den Kunden. Aber, wenn sich gar nichts bewegt, dann müssen wir diese Auseinandersetzungen weiter führen. Es gilt, den bereits beschriebenen Dammbuch zu verhindern.

Nachhaltig statt neoliberal

attac-Erklärung für echte Alternativen in der Stadtentwicklung

Am 24./25. Mai verabschiedeten in Leipzig die für die Stadtentwicklung zuständigen Minister aus den EU-Staaten eine „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ – ohne Bürgerbeteiligung, die die Sache schließlich angeht. „Denn“, so erklärten attac, Linkspartei und andere demokratische Initiativen, „sie sind es auch, die eine verfehlte Entwicklung ausbaden müssen: die Handlungsfähigkeit der Kommunen wird immer geringer, Einrichtungen der Daseinsfürsorge werden verschleudert, Bürgerbeteiligung verkommt zur Alibiveranstaltung, die soziale Spaltung der Städte nimmt zu und städtische Räume verlieren ihren öffentlichen Charakter.“ Die Erklärung der EU-Minister formuliere zwar vollmundig Absichten, eine Strategie für deren Umsetzung sei aber nicht erkennen.

In der von attac initiierten Erklärung heißt es u. a.:

• Wir fordern den Stopp der Privatisierung lebenswichtiger kommunaler Einrichtungen, den Ausbau von Kinder-, Bildungs- und Kulturstätten in öffentlicher Trägerschaft und die Förderung des nicht-gewinnorientierten Wohnungsbaus!

• Wir fordern mehr Rechte für die Kommunen, mit denen soziale und ökologische Ziele notfalls auch gegen Eigentümerinteressen durchgesetzt werden können! Wir fordern eine bessere Finanzausstattung für die Kommunen! Bürgerbeteiligung findet vielfach als Alibiveranstaltung statt, ohne dass tatsächlich Einfluss auf Entscheidungen genommen werden kann.

• Wir fordern echte Partizipation und eine Erweiterung direktdemokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wir fordern mehr Beteiligungsrechte! Öffentliche Räume, wie z.B. die zahlreichen Passagen in Leipzig, Bahnhöfe und andere zuvor allen Stadtbürgern zugängliche Bereiche werden privatisiert, eigene Regeln und Ordnungen installiert und ganze gesellschaftliche Gruppen von ihrer Nutzung ausgeschlossen. Mit dem Argument der Wahrung von Sicherheiten werden Überwachungsstrukturen ausgebaut, die fundamental gegen das Selbstbestimmungsrecht und die Würde der Bürgerinnen und Bürger verstoßen. Wir fordern den freien Zugang zu öffentlichen Plätzen, Passagen und Einrichtungen sowie ein Ende der Videüberwachung.

Wir lehnen deshalb die „Leipziger Charta“ in ihrer jetzigen Form ab. Sie spiegelt nicht die Situation der Kommunen wider, verschweigt Machtverhältnisse und Interessen und verhindert eine sozial ausgewogene und ökologisch nachhaltige Politik.



Gruppenfoto vom informellen EU-Ministertreffen zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt. Politikwechsel brachte es nicht. Foto: Eiltzer

Leipziger Stadtwerke mit begrüßenswerter Preispolitik

EnviA aber „muss“ Preise erhöhen

LN. Weil unter anderem die Preise für Rohöl sinken und geringere Netzentgelte für Strom und Gas zu Buche schlagen und diese Effekte ab 2008 mit abgesenkten Fernwärmepreisen an die Kunden weitergeleitet werden, rechnen die Leipziger Stadtwerke für dieses und für das kommende Jahr mit sinkenden Gewinnen. Das ist eine neue Preisstrategie, die im Sinne der Kunden ausdrücklich zu begrüßen ist. Die städtische Linksfraktion weist darauf hin, dass sich in dieser Politik der hohe Wert kommunaler Unternehmen beweist. Mit einem privaten Part-

ner wäre solch ein Strategie-wechsel nicht möglich. Das beweisen dieser Tage die Briefe an die EnviA-Abnehmer, deren erster Satz lautet: „EnviA muss die Preise erhöhen.“ Muss? Weshalb. Für noch höhere Dividenden!

Kunden sollten sofort Widerspruch gegen diese unangemessene Preisschneiderei (zwischen sechs und zehn Prozent) einlegen und sich dabei auf §315 Abs. 3 Satz 2 BGB berufen. Das Unternehmen soll die Erforderlichkeit und die Angemessenheit der neuen Preise prüffähig nachweisen.

Prekäres bei der SPD

LN. Aus der SPD-Fraktion im Bundestag kommt zwar manch hehres Wort über Mindestlohn, Tarifpartnerschaft und existenzsichernde Arbeit. Ehrlich ist das Gerede nicht. Beschäftigt die Fraktion doch selbst vier Sekretärinnen als Leiharbeiterinnen, die von der Leiharbeitsfirma unter Tarif bezahlt werden. Was für ein Armutszugnis für eine sozialdemokratische Fraktion. Generell zu denken gibt allerdings, dass die Sozialdemokraten überhaupt bereit sind, Leiharbeit zu nutzen.

LESER MEINEN

Zur Titelseite LN 10'07 „Sumpftown“

„Ein Sumpf zieht am Gebirge hin, Verpestet alles schon Errungene;...“ Der gute alte Herr Geheimrat hat uns viele kluge Worte hinterlassen, auch wenn er den Leipziger Scherbelberg oder die sächsische Gebirgslandschaft nicht unbedingt vor Augen hatte. – Der Sumpf in Sachsen weitet sich seit Jahren aus. Leipziger Bürger kennen genügend Namen von Politikern, Beamten oder sonstigen Verantwortungsträgern, die in „Ungereimtheiten“, sprich Vorteilsnahme, Lügengeflechte, Korruption verstrickt waren oder noch sind. Trabalski, Kaminski, Tschense, Biedenkopf, diverse Immobilienmakler, sind nur einige der Unvergessenen, immer nach dem Motto: „An der Quelle saß der Knabe“ (diesmal Schiller).

Viel passiert ist ihnen nicht! Nun also der „Sumpf“, aber (diesmal Volksweisheit): Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus!

BRIGITTE JANSEN, LEIPZIG

Bundeswehr im Innern

Über die Entscheidung für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur angeblichen Abwehr möglicher Terrormaßnahmen wird schon wochenlang gerangel.

Was jedoch brächte dieser Beschluss? Die Bundeswehr käme zur Bekämpfung von möglichen, jedoch nicht zwangsläufig tatsächlichen Terrormaßnahmen zum Einsatz. Sie könnte dann jedoch auch – eben als „Nebenwirkung“ – zur Niederschlagung von Massenprotesten bzw. Streikmaßnahmen, die bei Weiterführung der gegenwärtigen schwarz-roten Koalitionspolitik möglich sind, bereit stehen. Das bedeutet inen wesentlichen Schritt zur Schaffung eines „Polizeistaates“ mit all seinen Folgen.

FELIX LANG, LEIPZIG

Die dunkle Seite der Boomtown-Legende

Geschäfte zwischen Palermo und Paunsdorf, Moskau und Mockau

Glänzende Leipziger Fassade - doch was steckt dahinter? Diese Frage trieb den „Stern“ im November 1993 um. „Leipzig kommt – und die Mafia auch“ prangte über einem Beitrag. Neugierige wurden an den Stellen, wo konkrete Namen gefragt waren, jedoch enttäuscht. Die in der Reportage wiedergegebene Meinung von Peter Lenz, damals Leiter des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen in der Messestadt, war symptomatisch. „Wir haben oft ein ungutes Gefühl und würden am liebsten den Staatsanwalt einschalten“, sinnierte der Amtsleiter. „Aber was sollen wir machen, wir können nichts beweisen.“

So wie Lenz ging es damals vielen Beobachtern der Leipziger Szene. Als vor über zehn Jahren im Text eines Fernsehbeitrags die Rede auf mafiose Geldwäsche kam, rückte wie durch Zufall die provisorische italienische Gaststätte an der Ecke Brühl/Katharinenstraße ins Bild. Den Rest musste sich der Zuschauer denken.

Immer wieder war es die Immobilienbranche, aus der übel riechende Sumpfböden quollen. Abschirmung war geschäftsnotwendig, und wer nicht mitspielen wollte, ging ein hohes persönliches Risiko ein. Gut gelegene Grundstücke und Häuser ließen sich mit höchstem Profit ausschachten. Vorausgesetzt, die Vortreiber der Heuschrecken besaßen rechtzeitig die entscheidenden Informationen zur Lage. 1991/92 genügte es oftmals, die Namen von Antragstellern zu kennen, die ihre Grundstücke zurückhaben wollten. Auf wundersame Weise verschwand diese heiße Liste damals aus dem Leipziger Rathaus, um kurz darauf in den „Immobilienkreisen“, die sich die Türklinken der Amtsstuben gegenseitig in die Hand gaben, wieder aufzutauchen. Einzelne Firmen starteten ihren Beutezug mit fast einhundert aufgekauften Ansprüchen. So begann eine atemberaubende Umverteilung von Vermögen.

Geschäfte um jeden Preis

Wenn ein Geschäftsmann aus dem Westen, den die DDR eigentlich nicht sonderlich interessierte, überhaupt etwas aus diesem Teil des Landes kannte, dann die Leipziger Messe. Die mediale Berichterstattung über den 89er Herbst tat ein Übriges, den Eindruck von der ungewöhnlichen Leipziger Geschäftigkeit zu verstärken. Süffisant zitierte die Deutsche Bank in ihren Festschriften den Rat, den der greise Hermann Josef Abs uninformierten Managern vor ihrem Wechsel in den Osten gab: Nach Leipzig sollten sie gehen; dort wüsste man, wie Geschäfte zu machen seien.

Zu den Anlegern des schnellen und den Wäschern des schwarzen Geldes musste noch die passende Verwaltung installiert werden, und die endlos kolportierte Mär von der Boomtown Ost war in der Welt. Der Umbau der Verwaltung war schnell erledigt. Ans Ruder gelangten vor allem westdeutsche Beamte, die in Leipzig an einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung bastelten. Triumphal wurde jede neue Baugenehmigung mit dem Eigenlob von der ungewöhnlich schnellen Verwal-



Der Teufel steckt auch hier im Detail ... meinen nicht nur Faust und Mephisto

tung garniert. Seit Kurzem wissen Medienkonsumenten, dass mehr im Spiel war als das konsequente Ausnutzen sämtlicher Rechtsvorschriften, die es – auch das passt ins Bild – anfangs noch gar nicht gab. So ließ sich in Leipzig zu einem Zeitpunkt das Schaffen von Tatsachen ungeheuer beschleunigen, als anderenorts verunsicherte Verwaltungsangestellte überhaupt erst in ihre lückenhaften Grundbücher blickten.

Krach eines Imperiums

Spätestens 1994 – nach der Bruchlandung des Jürgen Schneider – hätten bohrende Fragen gestellt werden müssen. Denn der Immobilienspekulant war nur die eine Hälfte der Geschichte; die andere Hälfte führte die Leipziger Verwaltung auf. Sie lächelte wohlwollend, als eine einzelne Person binnen weniger Monate das halbe Stadtzentrum zusammenramschte, darunter fast alle „Filetstücke.“ Jedoch kam die Verwaltung nach dem Krach des „Imperiums“ vergleichsweise gut davon. Der damalige Leipziger Wirtschaftsdezernent, Christian Albert Jacke, glaubte, mit seinem flotten, auf die Messestadt gemünzten Spruch „So viel Geld kann gar nicht irren“ alles Erklärende gesagt zu haben. Irrtum, es gab offensichtlich eine zweite, sorgsam gehütete und eifrig verdeckte Insider-Wahrheit.

Die Gesamtinszenierung funktionierte als Zusammenspiel wichtiger Personen aus der Stadtverwaltung mit bekannten Immobiliengrößen und – wie inzwischen durchsickerte – Dunkelmännern aus der Rotlichtszene. Und das alles unter dem „wachen“ Auge der Justiz – mit willfährigen Staatsanwälten, eingeweihten Richtern und gemäßregelten Ermittlern, die einen Rüffel riskierten, wenn sie ihre Dienstpflichten zu ernst nahmen. Nach mehr als 15 Jahren reiben sich im Westen späte Beobachter der frühen „Sündenfälle“ die Augen, wenn sie erkennen, wie intensiv in Sachsen die Rotation zwischen hohen Richterämtern und Posten in den Staatsanwaltschaften funktionierte. Sie glauben, auf Palermo zu blicken und nicht auf Paunsdorf, auf Moskau und nicht auf Mockau.

Trockenlegen des Sumpfes

Wie jetzt bekannt wurde, existieren gesammelte Indizien zur Korruption in Sachsen, namentlich in Leipzig. Die Aktenordner wurden im Landesamt für Verfassungsschutz gefüllt, zu dessen Beobachtungsgebieten die organisierte Kriminalität nicht (mehr) gehört. Deshalb begann der politische Streit just in dem Moment, als der Landesbeauftragte für den Datenschutz im Herbst des vergangenen Jahres die Vernichtung fast des gesamten Aktenbestandes durchsetzen wollte. Ohne diesen Teil der Wahrheit wäre es schwer, die hässliche Seite der Boomtown, die Sumpftown Leipzig, trocken zu legen. Das Zusammenspiel zwischen den oberen Etagen der Stadtverwaltung in Leipzig mit Immobilienhain, Rotlichtgrößen und ständig im Postenkarussell rotierenden Staatsanwälten und Richtern bliebe ohne die Unterlagen wahrscheinlich für immer unentdeckt und ungestraft.

Mafiose Strukturen richteten nicht etwa nur Anfang der 1990er Jahre, sondern bis vor Kurzem Schaden an. Zweifel waren schon immer angebracht, dass ausgerechnet zu jener Zeit, als Köln seinen Müllskandal hatte, Wuppertal von ähnlichen Geschäftspraktiken gelähmt wurde, Frankfurt/M. ein korruptes Netzwerk zerriß, München seinen Stadionskandal erlebte und Berlin in die Immobilienkrise der landeseigenen Bank gerissen wurde, ausgerechnet in Leipzig, wo ein großes Rad nach dem anderen gedreht wurde, alles ordentlich und sauber gelaufen ist.

Wechsel am Arbeitsmarkt

Im Lichte der jüngst bekannt gewordenen Mechanismen lohnt sich wohl auch ein erneuter Blick hinter die Kulissen des zerschlagenen Leipziger Betriebes für Beschäftigungsförderung (bfb). In den Gezeitenwechsel arbeitsmarktpolitischer Instrumentarien des Bundes passte der bfb nicht mehr. Paralytisch und zerlegt werden konnte das – gemessen an der Beschäftigtenzahl – zeitweilig größte Leipziger Unternehmen jedoch nur ohne seinen Kopf. So wurde gegen den einstigen

Betriebsleiter Matthias von Hermanni seitens des Rechnungshofes verdeckt ermittelt, 1998 auf der Basis eines eingestellten Verfahrens eine Hausdurchsuchung durch 70 Beamte angeordnet, die alles außer den wirklich wichtigen Unterlagen durchkämmte. Gegen Hermanni lief das längste Verfahren in Sachsen seit 1990; herausgekommen ist nichts. Es ist kaum noch erstaunlich, dass hinter den Kulissen eben jener leitende Staatsanwalt Norbert Röger (CDU) die Strippen zog, der jetzt in die Schlagzeilen geriet, weil er Teil des maßgeblich von Mitgliedern der Leipziger CDU gesteuerten Netzwerks und Schweigekartells war, und gegen den der sächsische Justizminister Geert Mackenroth mittlerweile ein Prüfverfahren eingeleitet hat. Gemunkelt wird, dass die Leipziger Union ihre Hände schützend über Problem-Staatsanwalt Röger während seiner Zeit in der Messestadt hielt.

Matthias von Hermanni spricht – bezogen auf die Zeit, als sein Verfahren lief – von der Leipziger Staatsanwaltschaft als von einer „kriminellen Vereinigung“; Rechtsbeugung war an der Tagesordnung. Dabei ging es bei Weitem nicht nur um ihn. Aus der Substanz des zerschlagenen bfb heraus wurden – wen wundert es noch – zuerst die Immobilien verhökert, und zwar zum Schaden der Stadt. Acht Millionen Euro sollen Leipzig durch die Lappen gegangen sein, als das Stadtgut Mölkau verhökert wurde. Verluste für die Stadt bescherte auch der Verkauf der bfb-Druckerei, die für ihren neuen Eigentümer, den CDU-Fraktionsvorsitzenden Alexander Achminow, seither auf wundersame Weise profitabel ist.

Profite aus Marodem

Wie brutal es bei den Geschäften hinter der gepflegten Leipziger Fassade zugeht, kommt langsam ans Licht. Immer mehr Leipziger fragen sich, wie aus der angeblich durchgängig maroden DDR einige Cleveres sagenhaften Profit ziehen konnten. Antworten sind gefragt. Es ist bezeichnend genug, dass die Warnung im Raum steht, die Staatskrise würde ihr akutes Stadium erreichen, wenn bei der angeblich „schoonungslos“ Aufklärung erneut gemauert würde. Dumm nur, dass es um so viele Namen von Politikern geht.

Erste Ablenkungsmanöver laufen schon. Mit dem „Leipziger Modell“ – den pragmatisch wechselnden politischen Mehrheiten zur Durchsetzung wichtiger Ziele der Verwaltung – soll alles erklärt, im Kern jedoch vertuscht werden. Dieses Modell mit der faktischen Mehr-oderweniger-Koalition ohne formale Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU im Leipziger Rathaus erklärt zum Themenkreis Korruption nur wenig. Außer vielleicht, dass man sich auf beiden Seiten gut genug kannte und kennt, um genau zu wissen, was dem anderen zugemutet oder an schweigendem Zutun abgepresst werden kann. Damit ist das Netzwerk allerdings nicht hinreichend beschrieben. Vielmehr beginnt an dieser Stelle das Eintauchen in die heimlichen Strukturen der Sumpftown, die so gern immer nur Boomtown sein wollte.

• DR. DIETMAR PELLMANN/
DR. VOLKER KÜLOW

Charlie, der Hausgeist ...

Diskussion in der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Der Abend hatte überhaupt nichts Gespenstisches, obwohl derjenige, um den es in den zwei Stunden auch ging, schon mal über ein „Gespenst“ nachgedacht hatte.

Bildhauer Professor Klaus Schwabe und Maler Professor Frank Ruddigkeit reflektierten und polemisierten im übervollen Diskussionsforum über ihr Bronze-Relief „Aufbruch“, für das sie gemeinsam mit Rolf Kuhr, er konnte leider nicht an die Pleiße reisen, 1974 den Leipziger Kunstpreis erhalten hatten. Nach 33 Jahren, kam ihr „Marx-Relief“ nun in Sicherheit.

„Um dieses Kunstwerk zu vernichten, wurde ja inzwischen sogar die Universität abgebaut“, frozelte Klaus Schwabe und Frank Ruddigkeit lächelnde hintersinnig in die Runde: „Charlies Gedanken und Analysen werden auch das überleben.“ Es war für alle Anwesenden noch einmal sehr interessant, Details und Probleme dieses Projektes zu erfahren. Seien es die Schwierigkeiten beim Gießen in Lauchhammer, seien es die nie verstummenden Gerüchte, dass die Tonnen fast die Statik des Uni-Gebäudes ins Wanken gebracht haben.

Anno 2007 gehen die Debatten in ganz andere Richtungen. Vom Zerteilen und „verstreuen“ im Stadtbild ist die Rede, vom Einlagern auf Nimmerwiedersehen. Kurzum: Wie umgehen mit DDR-Kultur im allgemeinen und im besonderen Fall? Die Debatte der letzten Monate zeigt eine erhöhte Sensibilität für dieses Thema, nach diesbezüglicher Zerstörungswut der frühen 90er Jahren. Die Diskussionen um den „Nischel“ in Chemnitz und die Weigerung ihn als Stadtpräsident einfach mal so aus Spaß zu verborgen, sind da deutliche Fingerzeige.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE. PDS hatte im Juli 2006 in der Ratsversammlung den Antrag ge-

stellt, „das Karl-Marx-Relief dauerhaft und an exponierter Stelle im Stadtbild zu integrieren.“ Inzwischen gab es, so erinnerten sich beide Künstler, einige freundliche Gespräche, zu denen sie durch die Universität und den Kulturbürgermeister

eingeladen wurden. „Man sah sich dabei in Augen und kam zu keiner Lösung.“ Inzwischen wurde aber wenigstens festgestellt, dass die angeblichen Korrosionsschäden frei erfunden sind. Schade ist auch, dass der Kustos der Universität Anfragen der Künstlertrio mit Schweigen beantwortete. Das Bronze-Relief ist offenbar manchem sehr unangenehm, nachdem Marxens wissenschaftliche Doktoren aus der Universität und sein Name erfolgreich aus dem Stadtplan an der Universität verdrängt wurden. Trotzdem gilt das Versprechen des jetzigen Rektors: Dem Relief einen öffentlichen Raum zu schaffen. Immerhin, die Universität ist der Eigentümer.

Ob es illusorisch ist, einen Verein zu gründen, der – ähnlich hartnäckig wie die „Pauliner“ – seine Interessen in die Öffentlichkeit trompetet und damit Erfolg hat, war an diesem Diskussionabend nicht zu klären. Prof. Ruddigkeit outete sich da eher skeptisch. Nachdenklich stimmt es aber schon, wenn Bildhauer Klaus Schwabe von „persönlicher Demütigung“ spricht, die ihm im Umgang mit dieser Arbeit in den letzten Jahren widerfahren ist.

Wo werden wir sie demnächst sehen? Als Relief in einem Uni-Park-Haus? An der Moritzbastei? Auf dem Campus? Beim Schaffensprozeß in den 70er Jahren hat der temperamentvolle Klaus Schwabe mal jemandem in der Gießerei in Lauchhammer Prügel angedroht. Inzwischen ist er älter geworden. Auseinandersetzungen, verbaler Art, für eine würdige Lösung, scheut er aber auch heute nicht.

• MIZO



Diskussionsfreudig: Klaus Schwabe (links) und Frank Ruddigkeit

Foto: Märker



Gesichter anschauen ...

Ich schaue sehr gern in Gesichter und in Augen. Nicht, um etwa nur zu flirten, sondern um zu simulieren, welche Gedanken sich dahinter verbergen können. Beispielsweise rund um die Pfingsttage. Da platzte doch die Stadt aus allen Nähten Es war einfach zu eng als Auto um Auto mit Kennzeichen JWD zwei Abende um Grönemeyers Stadiontempel schlich, um eine kleine Parklücke zu ergattern. Die Karten in der Hand aber keine Platz für die vier Räder. Ich schaute in die Gesichter hinter den Autoscheiben ... alle Nerven lagen blank. Pure Verzweiflung!

Hinter Scheiben, sprich: Visier auch die Polizei, die unsere Tagungsobere am Verwaltungsgericht vor obigen Demonstranten abschirmte. Nun passte da so manches, was sich Protestierer ausgedacht hatten, gar nicht ins Klischee vom Randalierer. Ob ein Behelmer so weit geht und meint, die haben vielleicht doch recht mit ihrer Haltung? Ging mir nur so durch den Kopf. Schreiende Kinder, übervolle Koffer und ungültige Fahrpläne, weil eine Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg unweit des Hauptbahnhofes entdeckt wurde. Kein Zug fuhr mehr, die Läden blieben geöffnet!!! Und wer zu Pfingsten, trotz heiligem Geist nur schwarz sah, der hatte keinen Augenschaden sondern blickte in Gesichter, die so anders sind als das meinige.

Bleibt tolerant!
Das meint ...

Euer
Lipsius



Straßenbahn und Bus bezahlbar ...



Foto: Eiltzer

Petra Weißfuß übergibt kurz vor der Stadtratssitzung dem Oberbürgermeister die Unterschriften.

Blitzlichtgewitter waren der Übergabe sicher. Die Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ hatte den Zeitpunkt auch gut gewählt. Kurz vor Beginn der Stadtratssitzung gingen die 10000 Unterschriften aus den Händen von Petra Weißfuß in die Hände von Burghard Jung. Gewiss kein leichter Packen für den Oberbürgermeister, denn von ihm wird nun auch eine Entscheidung erwartet.

Zur Erinnerung hier nochmals die Forderung der Bürgerinitiative:

• Ein ganztägig nutzbares Monatsticket für maximal 20 Euro

• Zugang für Bürger unterhalb der Armutsgrenze von 938 Euro Nettoeinkommen

Die Stadtratsfraktion der Linkspartei hat umgehend reagiert. Sie unterstützt die Erarbeitung eines finanziell unteretzten Konzeptes für die Einführung eines Sozialtickets, das noch vor der Sommerpause ins parlamentarische Verfahren eingebracht werden soll.

Die Initiative hat andererseits auch keine Einwände gegen die von der SPD-Fraktion angeregte allgemeine Tarifenkung, bezweifelt aber die Seriosität des Vorschlages, wenn sich gleiche Partei in ihrer Klausurtagung für eine Lösung stark macht, bei der die Stadt keinen finanziellen Zuschuss geben muss. Wie soll das gehen?

• LN

Stadtratssplitter

Umweltgerechter Landbau

Mit großer Mehrheit beschloss der Stadtrat einen Änderungsantrag, wonach bei Neuverpachtung städtischer Flächen ökologischer und umweltgerechter Landbau gleichberechtigt behandelt werden soll, um insbesondere ehemaligen VEG weiterhin die Existenz zu sichern.

Kurze Wege für kurze Beine

Beschlossen wurde die bauliche Erweiterung der Grundschule Engelsdorf in unmittelbarer Nachbarschaft. Damit wird ein zwei Kilometer langer Schulweg für die Kinder vermieden.

Milchhof und Postscheckamt

Anfragen betrafen die Nachnutzung von Gebäuden und Liegenschaften in der Stadt wie den ehemaligen Milchhof in der Brandenburger-, das Postscheckamt in der Prager- und das denkmalgeschützte Bahnpostamt in der Rohrteichstraße sowie die Sicherung des Zugangs zum Werk 2 von der Windscheidstraße.

OBM fordert schnelle Aufklärung

In seinem Bericht an den Stadtrat forderte OBM Jung eine rasche und vollständige Aufklärung von Vorwürfen zur Verwicklung Leipziger in die organisierte Kriminalität, um Schaden von der Stadt zu nehmen.

Schulverkauf an privaten Bildungsträger

Gegen die Stimmen vor allem der Linksfaktion, wurde der Verkauf der Richard-Wagner-Schule an einen privaten Schulträger, der mittelfristig Bildungsangebote mit Schulgeld für Kinder zahlungskräftiger Eltern anbieten möchte, wodurch die soziale Segregation im Leipziger Osten verschärft wird, beschlossen.

Gewollter Schul-Ausschuss

Unternehmerverband OWUS fragte: Was kommt aus den Schulen?

Sachsens Schulpolitik ist gar nicht so schlecht, wie oft behauptet wird, weil Biedenkopf anfangs weit-sichtig genug war, nicht alles aus dem Westen zu übernehmen. Hauptschule gibt es hier eigentlich nicht. Insofern haben wir nach der fünften Klasse nur ein zweigliedriges Schulsystem“, mit dieser Vorabklärung verblüffte die linke schulpolitische Sprecherin im Landtag, Cornelia Falken, vor wenigen Tagen die Mitglieder des Leipziger Unternehmerverbandes OWUS (Offener Wirtschaftsverband der Un-ternehmer, Freiberufler und Selbstständigen). Die OWUS-Leute wollten von kompetenter Seite erfahren, welche Absolventen sie von Sachsens Schulen zu erwarten haben. Eigentlich gäbe es sogar eine linke Mehrheit in Sachsen für längeres gemeinsames Lernen. Linkspartei, SPD und Grüne wollen es sowieso, unter bestimmten Bedingungen würden aber auch die Liberalen mitziehen. Um das zu verhindern, wurde in der Koalitionsvereinbarung festgezurrt: Die SPD tastet die frühzeitige Aussonderung an der Schulen nicht an, dafür beharrt die CDU nicht auf

Studiengebühren. Ein sächsischer Vorzug, den die CDU sich auf die Fahnen schreibt, ist das Schulvorbereitungsjahr. Freilich hätte man das 1990 einfach beibehalten können. Etwas Abgeschafftes wieder aufzubauen, ist immer teurer, als es modifiziert weiterzuführen. Außerdem will es die Linke kostenlos und für alle verpflichtend. Das lehnt leider die Christenunion ab.

Damit hatte es sich aber mit den (relativen) Vorzügen. Im Grunde würden in Vor- und Grundschule bereits alle Weichen für die spätere Entwicklung gestellt. Schulfähigkeitsuntersuchungen gibt es nicht. Wer es nicht schafft – bei 28 Kindern je Klasse – landet ganz schnell auf Förderschulen. Meist ist damit der weitere Lebensweg vorgezeichnet.

Falkens Leipziger Amtsschwester Margitta Hollick machte aufmerksam: In der Stadt gibt es bereits sieben private Grundschulen. Dorthin gehen die Kinder der besser Betuchten, denn man muss Schulgeld bezahlen. Die soziale Trennung wächst damit weiter. Schon jetzt hat jeder dritte Schü-lerabgänger der Stadt keinen oder einen

Hauptschulabschluss oder einen geringwertigen bei einer Förderschule. Damit sind die Aussichten auf eine Lehrstelle mau.

Hinsichtlich der Forderungen an Eltern fügte sie hinzu: „Wie sollen denn arbeitslose Eltern ihre Kinder motivieren, mehr zu leisten? Sie werden doch stets mit der Frage konfrontiert: Hat es euch was gebracht?“

Einen Vorteil habe Sachsen noch, meinte Cornelia Falken: Überdurchschnittlich ausgebildete Frauen aus DDR-Zeiten. Heute sind sie oft die Großmütter. Selbst als arbeitslose Akademiker wissen sie, was Bildung für ihre Enkel bedeutet, und helfen, wo es geht. Diese Generation wird es in ein paar Jahren nicht mehr geben. Die OWUS-Debatte war heftig, endete aber immer wieder an dem Punkt: Wir können das System nicht ändern. Das läuft auf zeitige Trennung, frühe Auslese hinaus: Die Grundschule bereits hat den Ausschuss der kapitalistischen Gesellschaft zu produzieren, hieß es, damit die weiterführenden Einrichtungen sich auf die Eliten konzentrieren können.

• PETER POLIS

**Die Schule ist das mächtigste Mittel der Befreiung,
und die Schule ist das mächtigste Mittel der Knechtung –
je nach der Natur und dem Zweck des Staates.**

Wilhelm
Liebknecht

Verzweiflung aus dem Radio

ZUNÄCHST GANZ ZUFÄLLIG drehte ich am Pfingstsonnabend, kurz nach 9 Uhr, am Radio und landete auf dem Feature-Sendeplatz der MDR-Kultur-frequenz FIGARO. Selten war ich von einer ausgestrahlten halben Stunde Radio so berührt und aufgewühlt. Das Thema: Schulltag – Verzweifelt Lehrer ... deutschlandweit beobachtet und befragt.

Übrigens: Derzeit bereiten ehemalige Schulkameraden von mir ein Klassentreffen vor, denn unsere Schulzeit begann vor 50 Jahren. Sie war nicht immer schön, sie war nicht immer lustig, aber wir wollen uns nun endlich einmal wiedertreffen, um zu sehen, was aus uns so geworden ist, in diesen Zeiten.

Das, was jedoch über heutige Schulzeiten aus dem Radio authentisch berichtet wurde, war so schrecklich, dass ich mich fragte: Wie soll das weitergehen? Das kann doch keiner aushalten! Pädagogen sprachen über Ängste, vor Klassen zu treten, die vor Lehrern überhaupt keine Achtung mehr haben. Stattdessen: Desinteresse am Lehrstoff, Beschimpfung von Mitschülern, Brutalität gegenüber jedem-mann, Sexualität und Kriminalität auf dem Schulhof, Schulabbrecher in nie gekannter Größenordnung. Die Sendung hinterließ mich ratlos, denn sie zeigte keinen Ausweg. Ich hatte allerdings das Gefühl, dass der drin-gendst nötig ist.

• CK

Im Leipziger Schulmuseum:

Schule unterm Hakenkreuz

Die Zeit in Deutschland zwischen 1933 und 1945 tritt ins Bewusstsein all derer, die sich diese neue Aus-stellung ansehen. „Nationalsozialistische Erziehung in Leipzig – Schule unterm Hakenkreuz“. Das Ganze als Teil einer Dauerausstellung konzipiert. Diese Exposition will noch vorhandene Lücken auf diesem Gebiet schließen helfen. Bei den umfangreichen Recherchen taten sich erwartungsgemäß Abgründe auf, belegt durch Briefe, Gestapo-Akten, Aufsätze, Zeugnisse undweitere Dokumente.

Plakate und Fotos aus der Zeit des Faschismus verdeutlichen mit ihren Mitteln die bildhafte Propaganda und belegen die brutalste Verfolgung von Demokraten, Juden und Kommunisten. Der Beitritt zu faschisti-schen Jugendorganistaionen war gefordert und dementspre-chend Pflicht. „Arische Vorfahren“ muss-ten durch die Schüler nach-gewiesen werden.

Die so genannte Geschlechtertrennung, informiert die Ausstellung, habe die Leibeszweziehung der Mädchen zum Ziel, die endete im „Mutterseinwollen und Muttersein-können“. Die Jungen wurden erzo-gen zu Kämpfern, die sich „uner-schrocken, bedingungslos bis zum Letzten einsetzen für Volk, Staat und Führer“.

Die furchtbaren Folgen und Konse- quenzen sind den älteren Genera-tionen hinlänglich bekannt, müssen aber den Nachgeborenen immer wieder aufs Neue vermittelt werden. Hinterfragt werden in den Ausstel-lungsräumen aber auch Schüler, sowie Lehrer, deren Mut, Wider-stand und Zivilcourage inspirierte und motivierte gegen den Stachel zu locken. So gehörten auch die „Leip-ziger Meuten“ zu den heute fast ver-gessenen Widerstandsgruppen. Zu erwähnen wären da beispielsweise „Hundestart“ in Kleinzschocher, „Reeperbahn“ in Lindenau und „Lille“ in Reudnitz. Wer in diesen Gruppen mittat, verweigerte bei-spielsweise den damals offiziellen Hitlergruß, drehte auf dem Radio in „Feindesrichtung“ oder fertigte Flugblätter an. Was sich heute 70 Jahre danach so harmlos liest, konnte für jeden Einzelnen schreckliche Konsequenzen haben.

Zur Ausstellung gehört auch die Dokumentarfilmproduktion „Lernen für den Führer“. Sie wurde gedreht mit Hilfe des Evangelischen Schulzentrums.

Die Exposition ist geöffnet von Montag bis Freitag zwischen 9 und 16 Uhr bei freiem Eintritt.

• HERMANN GERATHEWOHL

Wessen Schule ist die Schule?

**Beim Streit in der Thomasschule
geht es um mehr als Musik**

„Thomaskantor und Schule im Streit“ – „Biller greift Thomasschule an“ – „Streit um Thomasschule geht weiter“ – „Verängstigte Lehrer? Ein Satz von Thomaskantor Georg Christoph Biller sorgt für Wirbel“ – „Schulleitung der Thomasschule in der Kritik“. So lauteten Anfang Mai Schlagzeilen in Leipziger Medien. Unter-dessen ist das Thema Biller kontra Thomasschule aus den Medien wieder verschwunden – doch das dem zugrunde liegende Problem ist damit nicht aus der Welt. Im Gegenteil, es schwillt weiter im Hintergrund und wird mit Sicherheit wieder aufbrechen.

Zur Sache. Thomaskantor Georg Christoph Biller und kirchliche Kreise verfolgen seit Jahren eine Idee – den Aufbau eines forum thomanum als geistiges und geistliches „musikalisches Bildungszentrum für die Bachstadt Leipzig“. Nach den Vorstellungen der Initiatoren soll im Zentrum des forums der Thomanerchor und mit ihm die Thomasschule stehen. Träger des Projekts ist ein Verein gleichen Namens, dessen Vorsitzender Pfarrer Christian Wolff ist.

Damit die staatliche Thomasschule in das Konzept der forum-Betreiber passt, haben sie Vorstellungen von der inhaltlichen Ausrichtung der Schule entwickelt, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der Thomasschule keine Akzeptanz finden. Biller und Wolff wollen, dass die Schule sich künftig nur noch durch ein Profil auszeichnet – als Gymnasium mit vertiefter musischer Ausbildung. Im Zentrum der Schule soll danach der Thomanerchor und ein neu zu bildender, eigenständiger „hochqualifizierter, gemischter Schulchor“ stehen, der „gegenüber dem Thomanerchor ... ergänzenden und entlastenden Charakter“, haben soll, „z. B. durch Übernahme von Diensten in der Thomaskirche“. Im Klartext bedeutet das, dass die staatliche Thomasschule künftig gänzlich im Dienste der Kirche stehen würde.

Weil nun die Schule nicht willens ist, diesem einseitigem Konzept zu folgen, sondern darauf besteht, dass die traditionellen drei Säulen Musik – Naturwissenschaften – Sprachen auch in Zukunft in gleicher Wertigkeit das Profil der Thomasschule bestimmen, sind Kantor Biller und Pfarrer Wolff – drücken wir es milde aus – seit langem ungehalten. Und so nutzen sie jede erdenkliche Möglichkeit, ihren Unmut auszudrücken um öffentlichen Druck auf die Schulleitung und die sich widersetzenden Schüler auszuüben. So geschehen jüngst in jenem Interview Billers mit dem Gewandhaus-Magazin und in der Schülerzeitung Thom Times, sowie in einer Pressekonzferenz des forum-Vereins am 8. Mai. Der Geist an der Schule würde nicht stimmen, „der Geist, der einen angstfreien Diskurs ermöglicht“, behauptet Wolff. Und was kann das nur für ein Geist sein? Biller weiß es – der Geist der Polytechnischen Oberschule der DDR. Wie die Reaktion von Seiten der Schule, die die Kontroverse in die Medien brachte, auf diese Provokation belegt, ist Billers und Wolffs Kalkül beim Hervorholen der DDR-Keule nicht aufgegangen – weder Schulleitung noch die Schülerschaft ist zu Kreuze gekrochen.

Doch wie gesagt – das dem Streit zugrunde liegende Problem ist nicht aus der Welt. Es ist an der Zeit, dass sich die Stadt als zuständiger Schulträger eindeutig positioniert. Und zwar für den Erhalt der Thomasschule als städtisches, der Trennung von Staat und Kirche verpflichtetes Gymnasium, welches, wie es die sächsische Schulordnung bestimmt, über ihr Ausbildungsprofil selbst bestimmt.

• EDMUND SCHULZ

Haben Sie ein gutes oder ein eher schlechtes Gedächtnis? Wissen Sie immer von allem zuviel oder vergessen Sie die Hälfte? Egal. Bei ersterem wie bei letzterem dürfte Ihnen der Name Gert Postel etwas sagen, wenn eventuell auch aus sehr unterschiedlichen Gründen. Es geht um den Mitte der 90er Jahre aus den gebrauchten Bundesländern eingereisten Briefträger mit Drang zu Höherem und dem Geschick zum Papierfälschen. Er konnte dank der unglaublichen Schlampigkeit gehobener Staatsbeamter gut zwei Jahre lang als Oberarzt in der Landesklinik Zschadraß Hand an psychisch kranke Menschen legen. Für die meisten von uns ist Postel nichts weiter, als ein zu Recht verurteilter Krimineller, der noch aus dem Knast heraus mit seinen Memoiren Kohle machte. Für andere aber ist der Postbote ein Held – und deshalb haben sie ihn für Anfang Juni auch nach Dresden eingeladen,

Genie und Wahnsinn



Dresdner Bäbe

Hauptstadt Betrachtungen
von G. Hupf

damit er dort im Rathaus vor großem Publikum weiter hochstapeln kann. Der Ex-Knacki ist Stargast einer von der „Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie Erfahrener e. V.“ organisierten Gegenveranstaltung zu dem zeitgleich stattfindenden internationalen Fachkongress des Weltverbandes für Psychiatrie. Bis hierher klingt das alles schon ganz schön bekloppt, richtig irre wird's aber, wenn man liest, wen die Postel-Fans für ihre Schaffe mit ins Boot geholt haben: den Trägerverein

der jungen Linken aus Dresden! Und an dieser Stelle muss ich unbedingt Ronald Reagan zitieren, der in seinem Tagebuch den bemerkenswerten Satz niederschrieb: „Wahnsinn ist erblich. Man bekommt ihn von seinen Kindern.“

Apropos Kinder; es ist verblüffend, wie diese Mini-Menschen ihre Erzeuger mitunter zu verändern vermögen. Nehmen wir nur mal Adel Friedrich Dirk (kein Schreibfehler, der heißt wirklich so).

Der Knabe scheint seine Mama – die Landtagsgrüne Antje Hermenau – regelrecht zu beflügeln! So gab die grüne Politikerin der taz unlängst ein beschwingtes Interview und ließ sich dabei wie folgt zitieren: „Ja, das Autofahren muss teurer werden.“

Der Preis für den einfachen Liter Super steht im Moment bei 1 Euro 42 Euro und ich freue mich mit allen Berufspendlern und Ein-Euro-Job-Zwangsverschickten schon riesig auf die nächste Preistrunde und darauf, dass ausgerechnet wir es sein werden, die das Klima, die Erde und Frau Hermenau retten dürfen!

Schade nur, dass wir dabei nicht auch für die Rentner aus der Lausitz tätig sein dürfen, denn die rettet die grüne Antje selbst: mit Plumpsklos und Sammeltransporten. Frau Hermenau meint nämlich, alte Lausitzer bräuchten kein Auto, weil sie sich sehr über

Sammeltaxis freuen. Und sie brauchen auch keine Kläranlagen, weil ihnen die kleine Ökoanlage hinterm Haus reicht (die übrigens nicht gerade billig ist und zudem zusätzliche jährliche Wartungskosten bringt, die es auch in sich haben). Was die Ökofrau nicht sagt, ist, dass gegebenenfalls gut 1500 Lausitzer demnächst weder das eine noch das andere brauchen werden, weil ihnen der Tagebau das Grundstück unterm Hintern wegfrisst. Das zurzeit in Erweiterung befindliche Braunkohlekraftwerk in Boxberg braucht schließlich deutlich mehr Kohle, will es seinen Spitzenplatz unter den klimaschädlichsten Kraftwerken Europas verteidigen.

So. Damit will ich die Kaffeetafel für heute aufheben. Was bleibt, sind Krümel und die Erkenntnis, dass die Grenzen zwischen Genie und Wahnsinn fließend sind. Und dass ich nicht paranoid bin, heißt noch lange nicht, dass ich nicht verfolgt werde ...

Diktaturforscher mal wieder in der Krise

Am Dresdener Hannah-Arendt-Institut brodel es erneut: Der umstrittene Direktor muss gehen – doch damit ist die Krise längst nicht passé. Für „Unruhe sorgt ein Buch des berüchtigten Wissenschaftlers Lothar Fritze über „Die Moral des Bombenterrors“.“

1999 lösten dessen Zweifel an der moralischen Berechtigung des Elser-Attentats auf Hitler schon einmal eine schwere Krise des Instituts aus. Nun könnte das Buch „Die Moral des Bombenterrors“ des Privatdozenten erneut zur Unzeit erschienen sein. Denn fast zeitgleich wurde der auslaufende Direktorenvertrag des Historikers Gerhard Besier nicht verlängert. Erstmals werden in der aktuellen Krise des Instituts aber auch strukturelle Probleme diskutiert. ...

Aus abstrakter moralphilosophischer Perspektive urteilt Fritze ähnlich wie sein britischer Kollege A. C. Grayling, die

Alliierten des Zweiten Weltkrieges hätten sich auf einen begrenzten Verteidigungskrieg beschränken müssen. Churchill erscheint wegen seiner Flächenbombardements als ein wahrer Teufel, während der Autor vor der „Dämonisierung“ Hitlers warnt. ...

BEI ANDEREN GELESEN

1991 hatte der Sächsische Landtag mit großer Mehrheit die Gründung des HAIT beschlossen. Politikberatende und volkspädagogische Absichten spielten kurz nach der Wende ebenso eine Rolle wie die Munitionierung gegen die sich hartnäckig haltende PDS. Entsprechend stark ist der Durchgriff der Politik über Trägerverein und Kuratorium angelegt. Er entspricht den politischen Kräfteverhältnissen in Sachsen, wo die CDU bis 2004 allein regierte. ...

• MICHAEL BARTSCH
aus: TAZ 19. 05. 07

Lehrer wählen Personalräte

LN. 35 000 Lehrerinnen und Lehrer wählen am 23. Mai im Freistaat Sachsen die örtlichen Personalräte an den Schulen, die Bezirkspersonalräte an den fünf Regionalstellen der Sächsischen Bildungsagentur und den Hauptpersonalrat beim Kultusministerium. Wiedergewählt wurde als Spitzenkandidatin in den Bezirkspersonalrat der Regionalstelle Leipzig der Sächsischen Bildungsagentur die Bildungspolitische Sprecherin der Linkspartei-Landtagsfraktion, Cornelia Falken.

Um die unverzichtbare Arbeit der Personalräte für die demokratische Mitbestimmung sowie die Rechte der Personalräte zu stärken, erarbeitet die Linkspartei.PDS gegenwärtig an einem veränderten Personalvertretungsgesetz.

OBM-Bewerbung für Dresden

Gemeinsam gegen CDU-Kandidaten?

LN. Zu Berichten, wonach Bemühungen der linken Stadtratsmehrheit in Dresden um einen gemeinsamen Bewerber für das Amt des Dresdner Oberbürgermeisters ins Stocken geraten seien und Einzelbewerber der Parteien präsentiert werden sollen, erklärt Dr. Cornelia Ernst, Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS Sachsen und Stadträtin in Dresden:

„Ein Bündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei.PDS muss sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Diese Chance sollte nicht vergeben werden! Persönliche Eitelkeiten dürfen nicht dazu führen, dass die CDU wittert und den Oberbürgermeisterposten zurückerobert. Wenn das linke Bündnis einen gemeinsam tragbaren Kandidaten finden will, muss ernsthaft verhandelt werden.“

16. Mai

Chemnitz. Enviam, der größte mitteldeutsche Stromversorger „muss“, wie er den Kunden mitteilt, zum 1. Juli die Preise zwischen sieben und 11 Prozent für Privat- und Gewerbekunden erhöhen.

Leipzig. Das Medienunternehmen Kinowelt übernimmt den Weltvertrieb der u. a. von Volker Schlöndorff mitgegründeten BioskopFilm-Bibliothek mit herausragenden Werken des Neuen Deutschen Films. Damit verfügt das Unternehmen mit einem derzeitigen Umsatz von rund 107 Millionen Euro über die bedeutendste Bibliothek des deutschen Films zwischen 1970 und 2000.

18. Mai

Leipzig. Eine neue EU-Verordnung nimmt den Privatisierungsdruck von den Verkehrsbetrieben. Es waren Massenentlassungen bei den Kommunalfirmen zu befürchten, wenn ausländische Mitbewerber den Zuschlag für den Bahn- und Busbetrieb erhalten. Nun scheint klar, dass Städte mit einem eigenen Verkehrsunternehmen Straßenbahn- und Buslinien aus-schreiben können, es aber nicht müssen.

19. Mai

Chemnitz. Landesarbeitsagenturchef Karl Peter Fuß kritisiert, dass die Hälfte der

SACHSEN-CHRONIK

(16. Mai bis 29. Mai)

ausbildungsberechtigten Betriebe in Sachsen nicht ausbildet. Drei Bewerber kommen derzeit auf einen Ausbildungsplatz, mehr als die Hälfte der Bewerber suchten bereits im Vorjahr vergeblich.

Leipzig. Einer der brutalen Schläger, die in der Straßenbahnlinie 11 einen LVB-Mitarbeiter zusammenschlugen, hat sich gestellt. Der Vater, der seinen Sohn auf den veröffentlichten Videofotos erkannte, brachte ihn zur Polizei.

Dresden. Sächsische Jugendforscher aus Leipzig, Meißen, Waldkirchen und Chemnitz erhielten beim Bundeswettbewerb *Jugend forscht* in Hamburg Preise. So zeichnete das Bundesumweltministerium Stefan Döge und Beatrice Dittes aus Leipzig mit 1500 Euro für ihren Holzgaskocher aus.

21. Mai

Radebeul. 30 000 Besucher kamen zu den diesjährigen Radebeuler Karl-May-Festtagen, die unter dem Motto „Der Ruf

des Wolfes“ standen.

22. Mai

Plauen/Triebel. Sechs Jugendliche müssen sich vor dem Landgericht wegen eines Überfalls auf einen Wanderzirkus verantworten, den sie mit roher Gewalt fast völlig zerstört haben

Bad Schandau. Feuerwehrleute bekämpfen in einem schwer zugänglichen Teil des Nationalparks Sächsische Schweiz einen Waldbrand. Seit drei Tagen müssen sie mit Seil- und Sicherungstechnik auf Felsköpfen und in Felsrinnen kleinere Brandnester ersticken. Ursache ist wahrscheinlich eine weggeworfene Kippe oder ein Lagerfeuer.

Leipzig. Die Stadt will den Karl-Heine-Kanal um 620 Meter verlängern, das wäre der lange erträumte Durchbruch zum Lindenauer Hafen. Man erhofft sich davon touristische Attraktivität.

23. Mai

Leipzig. Die Chefs der Industrie- sowie

der Handelskammer, Topf und Drischka, wenden sich energisch gegen die geplante Kreisreform und die Herauslösung des Landkreises Döbeln aus dem Regierungsbezirk, weil dies eine Schwächung für Leipzig wäre.

Dresden. Laut Verfassungsschutz wächst die Politisierung der Skinheadszene. Die Zahl der neonationalsozialistischen Kameradschaften und „Freien Kräfte“ sowie ihre Anhänger habe deutlich zugenommen, die Zahl der parteiunabhängigen Nazis habe sich seit 2005 von 270 auf 550 mehr als verdoppelt.

25. Mai

Oschatz. Die Landesgartenschau schreibt ein schwarze Null, wie Bürgermeister Kretschmar mitteilt. Die in der Stadt insgesamt investierten 51 Millionen Euro, davon 9,8 Millionen allein für die Gartenschau, sind v. a. durch die Einnahmen von 520 000 Besuchern gedeckt. Die beiden Vorgänger, Großenhain und Lichtenstein machten erhebliche Verluste.

29. Mai

Morgenröthe-Rautenkranz. Die neugestaltete Deutsche Raumfahrt Ausstellung erweist sich mit 17 000 Besuchern in den ersten beiden Monaten als Besuchermagnet.

Bei der Polizeischnüffelei im Briefzentrum Hamburg Mitte Mai soll laut Bundesanwaltschaft (auf der Suche nach einem Selbstbeziehungsschreiben im Zusammenhang mit mehreren Brandsanschlägen) lediglich ein einziger Brief geöffnet worden sein. Wie viele Polizisten an der Kontrolle von Briefen beteiligt waren, wollte Hamburgs Polizeipräsident Werner Jantosch nicht sagen. Ein Sprecher der Deutschen Post AG sagte, die Beamten seien drei Tage im Briefzentrum gewesen und hätten außerdem einen Briefkastenleerer auf seiner Tour begleitet.

Hamburgs Datenschutzbeauftragter Hartmut Lubomierski kritisierte die Sicherheitsvorkehrungen der Behörden, die immer massiver werden: „Ich sehe hier eine Überreaktion der Sicherheitsbehörden, die das Maß verlieren“.

Unter massivem Polizeischutz zogen am Pfingstmontag 4000 G8-Kritiker durch die Hansestadt. Sie demonstrierten gegen die Auswirkungen der

Der Staat wird nervös

Schützenpanzer gegen G8-Kritiker

Globalisierung und gegen das Asien-Europa-Treffen der Außenminister (ASEM). Am Vorabend hatte das Bundesverfassungsgericht die Route stark eingeschränkt. So durften die Demonstranten weder den Rathausmarkt noch den Jungfernstieg passieren. Nach Auseinandersetzungen von Globalisierungsgegnern mit der Polizei – mehrere Tausend Bereitschaftspolizisten aus der ganzen Republik kesselten die Demonstranten regelrecht ein –, gab es auf der Strecke einen vorzeitigen Abbruch, wozu nicht zuletzt die zehn Wasserwerfer sowie mehrere Schützenpanzer beitrugen. Auf der Demo wurde immer wieder aus dem Lautsprecherwagen skandiert: „Wir sind umzingelt von

Tausenden von gewaltbereiten Polizisten“. Bereits im Vorfeld hatte die Springer-Presse orakelt, dass sich der sogenannte Schwarze Block gewaltbereit präsentieren werde. Auch eine achtköpfige Band begleitete die Protestierenden, die Spruchbänder mit Parolen wie „Kapitalismus abschaffen“ oder „Sozialabbau und Krieg sind der Terror der Reichen“ trugen. Hier marschierten auch Familien mit Kindern mit „Die G 8 an sich wäre ja nicht schlecht, wenn die Staaten das Richtige tun würden und ihre Versprechen zum Beispiel bei der Armutbekämpfung in Afrika einhalten“, so eine Demo-Teilnehmerin. Eine Pastorin wiederum sieht sich als Teil der kritischen Öffentlichkeit: „Ich werde auf mein Recht auf freie Meinungsäußerung pochen.“ Offen ist die Frage, wie es den G8-Gegnern in Heiligendamm ergehen wird, wenn in Hamburg für eine vergleichsweise kleine Auftaktveranstaltung der G8-Proteste schon 3000 Polizisten aufboten wurden.

• KARL-H. WALLOCH

Sonnabend 12. Mai gegen 15 Uhr: Tausende eilen durch den Regen zum Stadion von Werder Bremen um das Bundesligaspiel gegen Eintracht Frankfurt zu sehen. Unterwegs verteilen Wahlkämpfer der LINKEN Postkarten mit dem Aufdruck „Es ist nicht Deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist – Es wäre nur Deine Schuld, wenn sie so bleibt.“ Viele Passanten nehmen den Flyer oder einen chinesischen Glückskek, der im Innern die Botschaft „Du wirst eine gute Entscheidung treffen und mit Dir im Reinen sein. DIE LINKE“ verbirgt. Die Reaktionen reichen von Zustimmung bis Ablehnung. Auf einem Kandidaten-Faltblatt konnte man lesen „Wir ernten, was wir säen“ – die bange Frage am Sonnabend vor der Bremer Wahl bleibt, ob DIE LINKE es schaffen kann, nach 17 Jahren erstmals in ein westdeutsches Landesparlament einzuziehen. Und ob es für eine Fraktion reicht.

Neu und unverbraucht

Wochenlang hatten sich die Aktivisten der beiden Parteien WASG und Linkspartei für diesen Tag ins Zeug geworfen. Man wollte vor der Gründung der gemeinsamen neuen Partei die Vereinigung auf Bundesebene in Bremen vorwegnehmen und entschied sich als DIE LINKE in die Wahl zu gehen. Das Unterfangen schien – vor allem nach den enttäuschenden 1,7 Prozent von 2003 – wenig aussichtsreich. Prominente Kandidaten wie Rudolf Hickel winkten ab und letztlich entschied man sich für eine Liste mit eher unbekanntem, aber auch unverbrauchten Kandidaten. An der Spitze mit

Das Wunder von Bremen

Peter Erlanson, ein streitbarer Betriebsrat des Krankenhauses *Links der Weser*. In Bremen will die große Koalition die Krankenhäuser privatisieren – mit Erlanson konnte man die Alternativen der LINKEN personalisieren. Klaus-Rainer Rupp sprach als selbstständiger Ingenieur ganz andere Wählerkreise an. Rupp engagiert sich seit vielen Jahren für DIE LINKE und ist ehrenamtlicher Finanzreferent bei attac. Mit Monique Troedel konnte eine erfahrene Gewerkschafterin und Betriebsrätin der Bremer Tageszeitungen gewonnen werden. Inga Nitz brachte ihre Erfahrungen aus Sozialamt und BAGIS (so der Name der Bremer Arbeitsgemeinschaft aus Agentur für Arbeit und Kommune) ein. Auf einem Großflächenplakat zeigten sich die sechs Spitzenkandidaten mit der Überschrift „Echt nervig“ – denn DIE LINKE versprach, sich in der Bremischen Bürgerschaft konsequent für soziale Fragen einzubringen und so in der Tat die Regierenden zu nerven.

Mindestlohn – Aktionsthema der LINKEN

Die soziale Frage war in Bremen in 12 Jahren großer Koalition aus CDU und SPD unter die Räder gekommen. Man beklagte sich über die PISA-Ergebnisse und kürzte gleichzeitig im Bildungsbereich, man erzwingt Umzüge von Hartz-IV-Empfängern und wusste keine Antworten, wie man die immens hohe Arbeitslosigkeit – fast 19

Prozent werden allein in den offiziellen Statistiken ausgewiesen. Stattdessen setzte man Millionen mit Prestigeprojekten wie einem SpacePark und einem Musicaltheater in den Sand. Das hochverschuldete Land wurde einem hilflosen Sparkurs unterworfen, der die Schulden nicht minderte, aber die Chancen vieler Bremerinnen und Bremer drastisch verschlechterte. SPD-Spitzenkandidat Jens Böhrns und

Anzeige

SPOTLESS
Klaus Huhn:
MOSKAUER MILLIONÄRE
In jeder Buchhandlung und beim
Spotless-Verlag
Postfach 28830 - 101131 Berlin
(030 - 44010241)

sein Regierungspartner von der CDU Rückkampf aber stellen eine Politik des „Weiter so“ zur Wahl. Erst gegen Ende der Kampagne entdeckte die Bremische Sozialdemokratie ihre soziale Wurzel scheinbar wieder und machte einen gesetzlichen Mindestlohn zum Wahlkampfthema. Beim Auftakt zu einer Unterschriftensammlung waren die ersten, die sich mit diesem neuen Ziel der SPD solidarisierten wollten zahlreiche Leute mit roten Westen und ebenso roten Umhängetaschen. Aber DIE LINKE war beim Wahlspektakel der SPD unerwünscht – der

Presse fiel jedoch auf, dass die SPD sich eines Themas der LINKEN bedient hatte.

Sogar die CDU wollte bei soviel plötzlich über die Bremer hereinbrechender sozialer Wärme nicht abseits stehen und versprach per Plakat 7,50 Euro Mindesteinkommen. Die Tatsache, dass „Mindestlohn-Aktivist“ Böhrns Angestellte im eigenen Rathaus mit 7,02 Euro abspiste, entlarvte die Kampagne als Heuchelei. Das 11-Punkte-Programm der LINKEN schien vielen schon im Wahlkampf ehrlicher und konsequenter. Ebenso das Engagement für ein Sozialticket und für einen öffentlichen Beschäftigungssektor.

Nachdem der Sekt knapp wurde ...

Ein aufgekratzter Bodo Ramelow rief nach dem euphorischer bejubelten Einzug der Linken ins Konsul-Hackfeld-Haus in die Menge „das Wunder von Bremen im örtlichen CVJM-Haus, das ist schon ein Zeichen für die neue LINKE“. Milde grinsend wurde die Botschaft aus Berlin zur Kenntnis genommen. Während die Freudentränen langsam trockneten und am Ende sogar der Sekt knapp wurde, mahnten einige Partyteilnehmer an, DIE LINKE solle nicht die Fehler anderer Parteien begehen und vergessen, warum sie gewählt wurde. Und die ersten Termine für die sieben Mitglieder starke Fraktion standen schon am frühen Montagmorgen an. Die Mühen der Ebene begannen schnell, nach dem Wunder von Bremen haben die sieben jetzt Musik zu machen in der Bürgerschaft. • CHRISTOPH NITZ

Matze, UNSER MANN IN MÜNCHEN

JA, DER FC BAYERN ist in der Tat eine große Familie. Presseberichten zufolge hilft die Tochter des Vorstandsvorsitzenden Karl-Heinz Rummenigge im Büro ihres Vaters aus, der Sohn von Präsident Franz Beckenbauer trainiert die Jugend, und wenn Berater Paul Breitner in der Pressestelle des Vereins an der Säbener Straße in München vorbeischaute, kann auch er seinen Nachwuchs treffen. Doch der Serienmeister dümpelt kläglich und die Führungsspitze im Olymp des FC Bayern mit Manager Uli Hoenes, Rummenigge und Beckenbauer, die den Club berühmt, erfolgreich und steinreich gemacht hat, ist nicht sonderlich gut aufeinander zu sprechen. Drohender Abstieg in die Mittelmäßigkeit und die Gefahr finanzieller Einbußen lassen die Nerven bei den erfolgverwöhnten Bayern blankliegen. Da schiebt Rummenigge in der Welt am Sonntag gegen Beckenbauer, Hoenes bezichtigt Beckenbauer der Unkenntnis und Ahnungslosigkeit, worauf dieser wiederum die Bild-Redaktion aktiviert und mit der

Familienzoff beim FC Bayern • Siemens' Weg zur Moral

scharfen Frage an die Öffentlichkeit gehen lässt, ob Hoenes und Rummenigge nicht zu alt für ihre Posten seien. Mittlerweile soll das Misstrauen in der Führung angeblich so groß sein, dass Hoenes und Rummenigge über Namen von möglichen neuen Spielern mit dem Aufsichtsrat nicht mehr sprechen. Sie lassen sich nur noch, so heißt es, den finanziellen Rahmen absegnen für die Transfers, bei denen ansonsten nur noch Trainer Ottmar Hitzfeld, Scout Wolfgang Dremmler und teilweise Berater Paul Breitner involviert sind. Laut Rummenigge geht es dabei schließlich „um dramatisch viel Geld“.

NUN HATTE ES DOCH NOCH GEKLAPPT: Mit drei Monaten Verzögerung startete am 1. April Nokia Siemens Networks. Damit ist einer der weltgrößten Netzwerkhersteller (rund 17 Milliarden Euro Umsatz) mit Hauptsitz in Helsinki entstanden, an dem Siemens und Nokia, Deutschlands größter Elektronikhersteller und der weltgrößte Handy-Hersteller, jeweils zur Hälfte beteiligt sind. In das Gemeinschafts-

unternehmen gliedert Siemens den größten Teil seiner Telekommunikationssparte Com aus, die im Zentrum der Affäre um schwarze Kassen steht. Der Münchener Elektronikkonzern bringt offiziellen Angaben zufolge Netto-Vermögenswerte wie Fabriken und Patente in Höhe von 2,4 Milliarden Euro in das neue Joint Venture ein, Nokia 1,7 Milliarden Euro. Siemens macht aber mehr Geld locker als Nokia, unter anderem, weil die Schmiergeld-Affäre bei den Münchnern der für Anfang Januar geplanten Start verzögerte. Zudem übernehmen die Münchner eventuelle weitere Risiken aus den staatsanwaltlichen Ermittlungen. Ausgeglichen werden diese zusätzlichen finanziellen Belastungen aus der Schmiergeld-Affäre unter anderem auch durch radikale Einsparung an Personalkosten: Allein in Deutschland werden bis 2010 bis zu 2900 der insgesamt 13 000 Mitarbeiter von Nokia Siemens Networks ihren Arbeitsplatz verlieren, ein Großteil von ihnen ist in der bayerischen Landeshauptstadt beschäf-

tigt. In Finnland sollen bis 2010 bis zu 1700 Stellen von den insgesamt 10 000 Arbeitsplätzen wegfallen. Weltweit arbeiten derzeit rund 60 000 Menschen für das Unternehmen, 9 000 von ihnen werden ihre Arbeit verlieren. Über Personaleinsparungen in anderen Ländern sind geplant. Nokia Siemens Networks gab außerdem bekannt, sowohl in Deutschland als auch in Finnland weitere Optionen des Personalabbau zu prüfen. Arbeiter und Angestellte müssen also mit ihrer beruflichen Existenz für die schmutzigen Geschäftspraktiken ihrer bestbezahlten Manager bezahlen. Vor diesem Hintergrund grotesk: In dem neuen Konzern sollen verbindliche Verhaltensregeln die moralische Integrität des Managements sicherstellen. In München macht inzwischen ein bitterer Slogan die Runde: „SIEMENS steht für „Suche Innerhalb Eines Monats Eine Neue Stelle.“

Ihr Matze

PS: Falls Sie Matze lange vermisst haben, das hatte berufliche Gründe. Schön, dass er wieder da ist.

Die Ukraine – Kettenglied der „bunten Revolutionen“ einer angepeilten US-Weltherrschaft

Bleibt die ukrainische Souveränität erhalten oder geht das Land mit einer Präsidentendiktatur, wie sie der ukrainische Präsident Juschtschenko plant, den Weg zu einem NATO-Protektorat? Diese Frage stellte sich, seit Juschtschenko am 2. April 2007 ein Dekret (Ukas) zur Auflösung des Parlaments (Werchowna Rada) und für den 27. Mai 2007 Parlamentsneuwahlen anberaumte, die inzwischen nach massiven Druck der Opposition auf Dezember 2007 verlegt wurden, allerdings gekoppelt mit einer Neuwahl des Präsidenten.

Die Ukraine steht schon lange im zentralen Blickfeld der USA-Weltherrschaftspolitik. Der frühere US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski beschrieb das bereits 1997 ausführlich in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“. Beim Staatsbesuch Juschtschenkos in den USA im April 2005 gab es Gespräche über die Einbeziehung der Ukraine nicht nur in die NATO, sondern auch in ein Raketenabwehrsystem der USA, d. h. eine Vorverlegung dieses Systems direkt an die Grenzen Russlands. Um die Ukraine politisch zu lenken, wurde Juschtschenko von den USA und anderen westlichen Staaten sowohl direkt, als auch indirekt über sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NGO) mit Milliardenbeträgen unterstützt. Der Multimilliardär Soros beschreibt in seinem Buch „Die Vorherrschaft der USA – eine Seifenblase“ die Rolle seiner Stiftung beim Sturz des sozialistischen Weltsystems. Auf einer Veranstaltung der Soros-Foundation in Kiew im Februar 2002 hat die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright die in der Ukraine tätigen NGO aufgefordert, gegen die herrschende Regierung Front zu machen, weil diese nicht genügend Distanz zu Russland halte und auch die Privatisierung zu Gunsten westlicher Investoren nicht genügend forcieren. Im Rahmen einer „Demokratisierungshilfe“ zur Entwicklung der Ukraine von der geschlossenen zur offenen Gesellschaft flossen Unsummen von Geldern in die „orange Revolution“, die Ende 2004 Juschtschenko an die Macht brachte. Allein die Regierung der USA stellte 3,3 Mrd. US \$ bis 2005 zur Verfügung.

Als das Parlament im August vorigen Jahres Janukowitsch – dessen Hausmacht sozusagen die wirtschaftsstarke Ostukraine ist – zum neuen Ministerpräsidenten wählte, flossen, nicht zuletzt, um ihn zu stürzen, weitere Hunderte Millionen US-Dollar und Euro als „Ukrainehilfe“ an die „Oppositionskräfte“ – daran beteiligten sich auch EU-Staaten.

Juschtschenko verliert seine Anhänger

Der Anfangs von den „orangenen Revolutionären“ umjubelte und gottvertrauende Juschtschenko hat weitgehend an Glaubwürdigkeit in der ukrainischen Bevölkerung verloren. Vor allem als die horrenden finanzielle Unterstützung des Westens für diese „Volksrevolution“ bekannt wurde, aber auch, weil sich erst unter Ministerpräsident Janukowitsch in den neun Monaten seiner Regierungszeit die Lebenslage der Bevölkerung spürbar verbesserte. Das Bruttoinlandprodukt und die Industrieproduktion wuchsen ab



Ukraine (Ukraina)

Fläche: 603700 km²
 Bevölkerung: 46,615 Millionen
 Hauptstadt: Kiew, 2,6 Millionen EW
 Staatsform: Parlamentarisch-präsidentiale Republik
 Parlament: Werchowna Rada, 450 Sitze
 Währung: Hrywnja (UAH), 1 Euro = 6,7 UAH (März 2007)
 BIP [Mrd Euro]: 2006 = 83,1, 2005 = 65,6
 Staatshaushalt 2006 [Mrd Euro]: Einn. = 21,02, Ausg. = 21,6



Die Ukraine ist ein wichtiges Transitland für russische Erdgaslieferungen nach Westeuropa. Durch die Transitleitungen mit einer Gesamtlänge von 36 000 km werden jährlich 140 Milliarden m³ Erdgas gefördert. Große Untertage Erdgasspeicher mit einer Leistungsfähigkeit von 240 Millionen m³ pro Tag gleichen Bezugs- und Lieferschwankungen aus.

August 2006 bis März 2007, auf das Jahresmittel bezogen, um 18 %. Das fand auch seinen Niederschlag in den um 25 % gestiegenen Arbeitslöhnen und Renten sowie einer berächtlichen Verringerung der Inflationsrate. Dies und die prowestliche Haltung Juschtschenkos, der kompromisslos den Beitritt seines Landes in die NATO befürwortet, sind ein wesentlicher Grund dafür, dass sich immer mehr Abgeordnete des Parlaments seinem Gegner Janukowitsch anschließen.

Da aber die NATO-Länder schon Milliardenbeträge zum Sturz der pro-russischen Regierung unter Janukowitsch ausgegeben haben, gehen sie nun, drei Jahre nach der inzwischen gescheiterten „orange Revolution“ in der Ukraine, zum erneuten Angriff über. Ihr „Ass im Ärmel“ ist dabei der Noch-Präsident Juschtschenko. Der verkündete nach seiner Rückkehr aus den USA am 2. April 2007 ein Dekret (Ukas) zur Auflösung des Parlaments und beräumte für den 27. Mai Parlamentsneuwahlen an. Als Vorwand dafür nannte er das Überwechseln von Abgeordneten der Fraktionen „Unsere Ukraine“ und dem Timoschenko-Block in das Lager von Janukowitsch. Und in biblischem Zorn schob er nach: „Es ist unsere Pflicht, den Tempel von Pharisäern und Wucherern zu säubern“. Nun ja, es war schließlich kurz vor dem Osterfest. Obwohl Juschtschenko gleichzeitig versicherte, die Souveränität der Ukraine zu wahren und die Interessen seines Vaterlandes mit allen Mitteln zu verteidigen, ist er entschlossen, die Demokratie durch seine Präsidentendiktatur und die Auflösung des Parlaments zu beseitigen.

Eine vorfristige Parlamentsauflösung ist nach Artikel 90 der ukrainischen Verfassung u. a. nur möglich, wenn sich innerhalb von 30 Tagen nach Neukonstituierung des Parlaments keine Regierung bildet oder wenn diese innerhalb von 16 Tagen keine arbeitsfähige personelle Zusammensetzung zustande bringt. Da aber das Parlament seit dem 3. April 2007 in Permanenz tagt, trifft keine dieser Bedingungen zu.

Machtpoker

Das am 2. April 2007 von Juschtschenko erlassene Dekret ist dem Wesen nach ein Staatsstreich und soll die Machtverhältnisse in der Ukraine zugunsten der USA und der anderen NATO-Staaten verändern, was die Souveränität der Ukraine in wesentlichen Punkten einschränken würde. Dieses Szenario ist jedoch nicht nur das Werk eines in Panik geratenen ukrainischen Präsidenten, der seine persönliche Machtbasis schwinden sieht, sondern beruht auf einem von den daran interessierten Regierungen und deren Vollstreckungsorganen wohlgedachten Plan. Da nach Umfrageergebnissen die Juschtschenko-Fraktion bei den Neuwahlen weniger als 10 Prozent der Wählerstimmen erhalten würde, hat der „Rat für Sicherheit und Verteidigung“ (ein Organ des Präsidenten) beschlossen, für die Wahlen 340 Mio. Hrywnja bereitzustellen. Dies könnte aber nach der Verfassung nur das Parlament beschließen. Weiter hat Juschtschenko, der gleichzeitig Oberbefehlshaber der Armee ist, ernsthaft das Eingreifen der Armee in den innenpolitischen Konflikt erwogen. Das

würde jedoch mit Sicherheit auf den massiven Widerstand der Regionen im Osten und Süden der Ukraine sowie der Krim stoßen. Dort hatten Demonstranten und bewaffnete Kosaken schon einmal im Sommer 2006 die Anlandung amerikanischer Truppen zur Bildung eines USA-Stützpunktes bei Stari Krim verhindert. Gegen den von Juschtschenko beabsichtigten Armee-Einsatz wenden sich nicht nur alle demokratischen Kräfte der Ukraine, auch die Armeeführung hat erhebliche Bedenken. Zudem ist die Mehrheit der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten nicht gewillt, gegen das Parlament vorzugehen oder gar einen Bürgerkrieg auszulösen.

Das Parlament reagierte sofort, indem es dem Präsidenten untersagte, gesetzeswidrige Weisungen an die Armeeführung zu erteilen. Allerdings hatte Juschtschenko den bewaffneten Einsatz der Armee schon vorbereitet, die im Auftrag des Präsidenten Verhaftungen von Parlamentariern, Regierungsmitgliedern und weiteren Mitarbeitern des Regierungsapparats vornehmen sollten.

Juschtschenko trickt, um Zeit zu gewinnen

Nachdem das Verfassungsgericht, das über die Verfassungsmäßigkeit des Präsidentendekrets vom 2. April 07 entscheiden sollte, bis Ende April noch keinen Beschluss fassen konnte, verkündete Juschtschenko, er werde die Parlamentsneuwahlen auf den 24. Juni verlegen und erklärte in diesem Zusammenhang das derzeitige Parlament erneut für aufgelöst. Die neuen Gründe für eine Parlamentsauflösung wolle er später unterbreiten. Allem Anschein nach will das Juschtschenko-Lager Zeit gewinnen, um neue Kräfte zu sammeln, denn bisher hatten Juschtschenko und seine Anhänger nichts unversucht gelassen, die Arbeit des Parlaments zu behindern.

Mit der in Aussicht gestellten neuen Begründung seines Dekrets zur Parlamentsauflösung will Juschtschenko einer schnellen Entscheidung des Verfassungsgerichts die Basis entziehen. Er argumentiert, dass es grundsätzlich nicht erlaubt sei, die verfassungsmäßigen Vollmachten des Präsidenten der Ukraine in Frage zu stellen.

Das Parlament reagierte wiederum prompt mit Beschlüssen zur Wahrung der Stabilität der Ukraine. Mit großer Mehrheit legte es am 30. April fest, auf der Grundlage eines neuen, noch zu fassenden Gesetzes gleichzeitig Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchzuführen, spätestens am 9. Dezember 2007. In entsprechenden Beschlüssen wird festgestellt, dass die verfassungswidrigen Handlungen des Präsidenten eine Verschärfung der politischen Lage in der Ukraine provozieren, was schwere Konsequenzen für die Menschen in der Ukraine und den Staat insgesamt haben kann. Nur das Volk könne nun in demokratischen Wahlen eine Lösung der Krise herbeiführen.

Besonders hervorgehoben wird, dass die Wahlen Chancengleichheit für alle politischen Kräfte der Ukraine gewährleisten müssen. Darüber verständigten sich am 4. Mai 2007 auch Juschtschenko und Janukowitsch, wobei sich Juschtschenko erstmalig mit der Fortsetzung der Parlament-

Fortsetzung Seite 9

Als die ersten Amerikaner mit ihren Kanus mehr aus Versehen im Nebel an der Nordseeküste landeten, dachten sie in Asien angekommen zu sein. Daher nannten sie die Europäer fortan Asiaten oder Asis. Sie steckten eine Stange mit ihrer Fahne in den Schlick und beschlagnahmten das Land, so weit sie sehen konnten. Zwar lebten dort die Ostfriesen, ein Stamm germanischen Ursprungs, doch die wurden nicht ernst genommen, denn sie waren arm und brachten nur ein paar dürrtige Geschenke wie Grünkohl und Buttermilch. Bald machte unter den Ankömmlingen ein Witz die Runde: Das Wasser des Meeres zöge sich vor Schreck zurück, sobald es an der Küste angekommen sei und die Ostfriesen sehe; deshalb gebe es nach der Flut die Ebbe.

Die Seefahrer aus Amerika, von den Ureinwohnern auch Big Brothers oder Aliens genannt, hatten natürlich mächtigen Hunger. Also schlachteten sie nach und nach alle Kühe, derer sie habhaft werden konnten, und verarbeiteten sie zu Hamburgern und Steaks, die schon bald in McDonalds-Fastfoodlokalen verkauft wurden. Von den Ostfriesen und den Dänen, die sie dafür besonders geeignet fanden, ließen sie an der Küste ein erstes Fort bauen, das sich in kurzer Zeit zu einer Metropole entwickelte, nach einem ihrer Häuptlinge Bush City genannt. Denn in Amerika, der Heimat der Aliens, sprach sich in Windeseile herum, dass man ein neues Land entdeckt habe, in dem es sich gut leben lasse, so dass fast jeden Tag neue Kanus mit Aliens an der Nordseeküste landeten.

Auch die Bevölkerung im Landesinnern musste jetzt für die ersten Amerikaner arbeiten. Wer sich weigerte, und das waren anfangs nicht wenige, wurde erschlagen, gefoltert oder auf einem elektrischen Stuhl geröstet. Die Asis, so meinten die ersten Amerikaner, seien gar keine richtigen Menschen, sondern nur unzivilisierte Wilde. Ursprünglich aßen sie nämlich weder Hamburger noch Steaks noch tranken sie Coca-Cola, und erst recht suchten sie nicht ständig nach Gold. Geld und Gold waren der Grund, wes-

Wolfgang Bittner

Die Entdeckung Europas durch die Amerikaner



halb die ersten Amerikaner schon bald mit ihren Kanus den Rhein hinauf in die Schweiz führen, die für sie Eldorado hieß. Unterwegs rotteten sie so nebenbei jeden aus, der sich ihnen in den Weg stellte: Die Holländer, Belgier, Westfalen, Rheinländer, Hessen, Schwaben, Badenser, Württemberger, Pfälzer, Elsässer. Später gab es noch blutige Kriege mit den Bayern, die sich nicht ohne

weiteres unterwerfen und die ersten Amerikaner nicht durch ihr Land führen und mit Lebensmitteln wie Kühen und Käse versorgen wollten.

In der Schweiz nannten sie das Matterhorn erst einmal Mount McKinley und den Pilatus Kennedy Peak, nachdem sie den Rhein bereits in Disney River, die Donau in Roosevelt umbenannt hatten. Der Bodensee hieß nun Big Water, der

Vierwaldstätter See Lake Marilyn nach einer ihrer Berühmtheiten aus dem Showbiz (was soviel wie Vergnügungsgewerbe heißt).

Als die ersten, die zweiten, dritten und alle folgenden Amerikaner dies alles getan und die meisten Europäer, die sie nach wie vor Asis nannten, umgebracht hatten, wenn sie nicht schon vorher an dem eingeschleppten Fieber, auch als amerikanische Krankheit bekannt, gestorben waren, widmeten sie sich umgehend den Schweizer Banken. Erst einmal wurden alle Banken sowieso amerikanisiert. Anschließend wurden das Geld und das Gold unverzüglich nach Amerika in einen Ort namens New York abtransportiert und dann in einer Fort Knox genannten Festung eingelagert.

Dass viele goldbeladene Lastenkanus unterwegs in den Atlantikstürmen sanken oder sich verirrt, war halb so schlimm. Man hatte ja in den Schweizer Banken genug Geld und Gold gefunden, um Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte, damit weltweit wuchern zu können. Außerdem entwickelte sich unter den Wucherern, die ausgesorgt hatten und nicht mehr arbeiten mussten, ein Hobby: Sie begannen nach gesunkenen Lastenkanus zu tauchen und auf der ganzen Welt nach den verirrt Kanus zu fahnden.

Auf diese Weise hatten alle etwas zu tun, auch die Multimillionäre und Milliardäre, von denen es in den Vereinigten Staaten von Amerika immer mehr gab. In ganz Europa wurden nun die amerikanische Sprache, der „american way of life“ mit Hamburgern, Steaks und Coca-Cola sowie der Dollar eingeführt. Die Kinder mussten mit Skateboards, Rollerblades und Kickboards spielen, die Erwachsenen mussten erst einmal Jeans und Caps tragen und jeder wenigstens ein Handy, einen Fernseher und ein Auto kaufen.

So begann es auch den Europäern, die jetzt Asis hießen, immer besser zu gehen. Und wenn sie nicht umgebracht worden sind, dann geht es ihnen immer noch gut, vor allem wenn sie Sklaven sind. Dann haben sie nämlich ein bequemes Leben: ihre Herren müssen für sie sorgen – wenn sie es sich nicht anders überlegen.

Fortsetzung von Seite 8

sarbeit und auch der Verabschiedung verschiedener Gesetze einverstanden erklärte, sich aber strikt gegen neue Präsidentschaftswahlen wandte.

Um die bevorstehenden Wahlen in seinem Sinne zu beeinflussen, hat der ukrainische Präsident Juschtschenko am 2. Mai in ungesetzlicher Weise in die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts eingegriffen, indem er zwei Verfassungsrichter wegen angeblicher Verletzung des Amtes ihrer Funktionen entbunden hat. Mit diesem Eingriff Juschtschenkos in ein schwebendes Verfahren über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit seiner Präsidentendekrete handelte er erneut verfassungswidrig. Das Ziel ist klar, er will den Urteilsspruch über die Verfassungsmäßigkeit seiner Dekrete zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Sein Argument, beide Verfassungsrichter hätten ihren Amtseid verletzt, ist frei erfunden.

Juschtschenko entließ ferner ebenso gesetzwidrig zwei Mitglieder des Rats für Nationale Sicherheit und entledigte sich damit zweier seiner Kritiker in die-

sem Rat. Er berief den von ihm ernannten Generalstaatsanwalt S. Piskun zum Mitglied des Rats für Nationale Sicherheit und Verteidigung, was ebenfalls ein Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz darstellt. Der Generalstaatsanwalt kann laut Verfassung nur mit Zustimmung des Parlaments in dieses Amt berufen werden.

Das Märchen der „Volksrevolutionen“

Dass die Ukraine ein nicht unbedeutendes Kettenglied der „bunten Revolutionen“, um, die Weltherrschaft der USA zu zementieren, beschreibt Peter Scholl-Latour sehr anschaulich in seinem Buch „Russland im Zangengriff“. Er widerlegt alle Märchen über den Sturz des sozialistischen Weltsystems durch „Volksrevolutionen“, indem er einige der Sponsoren, einschließlich solcher, die eng mit der CIA zusammenarbeiten, sowie die amerikanische Botschaft und die Diplomatische Vertretung der Bundesrepublik nennt, die aktiv an dem Regimewechsel vom Jahre 2004 beteiligt waren.

„Kompromiss“ zwischen den Mächtigen?

Sowohl Juschtschenko als auch Janukowitsch erklärten Anfang Mai überraschend, dass sie gegen einen NATO-Beitritt ihres Landes nichts einzuwenden hätten. Daraus schlossen einige Medienvertreter, beide würden zwei Seiten der gleichen Medaille repräsentieren. Der „kleine Unterschied“ zwischen beiden ist der, dass Juschtschenko seit seinem Amtsantritt als Präsident für einen schnellen NATO-Beitritt seines Landes eintritt, während Janukowitsch dies stets von einer Volksabstimmung abhängig gemacht hat. Wegen dieses „kleinen Unterschieds“ darf man gespannt sein, ob die Ukraine – quasi über eine Präsidentschaftsdiktatur durch Juschtschenko – in ein NATO-Protoktorat verwandelt wird oder ob das ukrainische Volk frei entscheiden kann, welchen Weg es gehen will. Nun aber trafen sich, was die Situation schon wieder grundlegend ändert, die beiden Kontrahenten vor Pfingsten – und nicht zum erstenmal – wurde ein Kom-

promiss der beiden Viktors verkündet. Ihren seit Ostern von einem politischen Chaos heimgesuchten Bürgern erschien das wie ein Pfingstwunder. Dauerproteste auf der Straße, schließlich doch noch aufeinander losgehende Staatsschutztruppen und Polizei – es scheint vorerst ein Ende zu haben.

Ministerpräsident Janukowitsch und das Parlament stimmen Parlamentsneuwahlen zu, das Datum ist endgültig: der 30. September. Zeit vor allem für Ministerpräsident Janukowitsch, der, so heißt es, gestärkt aus dem Treffen hervorgegangen sei. Weitere Zeit, in der Bevölkerung Punkte mit Gehalts- und Rentenerhöhungen zu sammeln. Die dafür benötigten Mittel ließ Janukowitsch bereits im Haushalt festlegen.

Kein Wort indessen in den Verlautbarungen von den von Juschtschenko strikt abgelehnten Präsidentschaftswahlen. Aber es ist schließlich noch nicht aller Tage Abend.

• HANS-J. FALKENHAGEN / BRIGITTE QUECK / LN

Leben und Tod

Auch die dritte und die vierte Maiwoche bescherten wieder außergewöhnliche Konzerte. Die Aufführung der selten zu hörenden Turangalila-Sinfonie von Olivier Messiaen im 7. Rundfunkkonzert bleibt da zuvörderst zu bedenken. Mit diesem 1946/48, also in den ersten Nachkriegsjahren, entstandenen Werk schuf der 1940 in deutsche Kriegsgefangenschaft geratene Komponist einen großartigen, die Menschen verbindenden Liebeshymnus auf das Leben und die Natur. Die ganz eigene, neuartige Klangsprache Messiaens, die auch der Natur abgelassene Klänge verwandelt nutzt, zugleich aber von strenger Disziplin geprägt ist, fordert allerdings auch heute noch vom Konzertbesucher unbefangene Aufnahmebereitschaft. Es sind viele neue Schönheiten zu entdecken, auch durch die elektronischen Klänge der von Valérie Hartmann-Clavier gespielten Ondes Martenot. An den Pianisten werden Anforderungen wie in einem Klavierkonzert gestellt, die Roger Muraro überlegen meisterte. Günter Neuhold betonte als Dirigent des MDR-Sinfonieorchesters die Vitalität und den Farbenreichtum dieser Musik, achtete aber weniger auf Differenzierung. Zwei Tage später bot Riccardo Chailly in einem Gewandhauskonzert Igor Strawinskys in Leipzig erstmals vollständig, mit den Gesangsstücken zu hörende Bal-

lettmusik „Pulcinella“ und „Petruschka“ in exemplarischer Weise. Am vorigen Wochenende stand er dann im Gewandhaus als Opernchef am Pult, um mit den Chören der Oper (einschließlich Zusatzchor) sowie des Gewandhauses und dem Gewandhausorchester Giuseppe Verdis Requiem aufzuführen. Der Dirigent entfesselte mit dem von Verdi mehrfach wiederholten „Dies irae“ („Tag des Zorns, der Rache“) wahrhafte Höllenstürme, stellte dem aber Abschnitte wie „Agnus Dei“ („Lamm Gottes“) in zarten Tönen entgegen.

Solche Gegensätze betonte im 7. Matineekonzert auch Fabio Luisi mit dem Rundfunkchor und MDR-Sinfonieorchester in Felix Mendelssohn Bartholdys Oratorium „Paulus“ mit den wilden Rufen „Steinigt ihn!“ und dem innigen „Jerusalem! Du tötest die Propheten“. Es waren zwei tief bewegende Chorkonzerte.

Im Chor-Orchesterkonzert der Universitätsmusiktage zeichnete sich David Timm mit den Vorspielen zu Richard Wagners „Meistersingern“ und „Parsifal“, Max Regers Hiller-Variationen, Chören Wagners und Regers gleichermaßen als Orchester- und als Chordirigent von Rang aus, von dem noch viel zu erwarten bleibt.

• WERNER WOLF

Wagner und Donizetti

Den Höhepunkt der diesjährigen Wagner-Festtage Leipzig schuf die konzertante Aufführung der Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ im Schauspielhaus – eine neue musikalische Pioniertat des Universitätsmusikdirektors David Timm. Die ist umso höher einzuschätzen, weil für ein solches Projekt mit Sängern aus verschiedenen Städten und dem aus Musikern mehrerer Orchester gebildeten Mendelssohn-Orchester nur wenige Proben möglich sind.

Der Dirigent hielt über die knapp fünf-einhalb Stunden nicht nur die musikalische Spannung, sondern steigerte sie im dritten Aufzug noch. Er führte mit einer enormen Ausstrahlungskraft, richtete die Aufmerksamkeit auf das Wesentliche und formte dabei auch die Details mit großer Konzentration aus. Da gewann eben auch die scheinbar pedantische Unterweisung des Ritters Stolzing im Meistersergang durch Hans Sachs' Lehrbuben David – natürlich auch dank der geschliffenen und gewitzten Gestaltung Martin Petzolds – lebhaftes Interesse. Wolf Matthias Friedrich als Sachs (der teilweise seine klare Deklamation auf Kosten der Gesangslinie betonte), der herausragende Dietrich Greve als Beckmesser, James Moellenhoff (Pogner), Jürgen Kurth (Kothner), Nancy Gibson (Eva), Kathrin Göring (Magdalene) weckten starke Eindrücke, leider nicht

auch der zu brav singende Matthias Aeberhard als Stolzing.

Die Oper wartete hinter dem „Eisernen“ auf der Drehbühne mit einer Neuinszenierung von Gaetano Donizettis komischer Oper „Der Liebestrank“ auf. Um zu demonstrieren, dass Liebe und Liebeskummer auch heute zu Tage noch vorkommen, versetzte der Regisseur Jean-Claude Berutti das Werkchen ins 20. Jahrhundert, und zwar in die Wirtschaftswunderzeit der Bonner Bundesrepublik. Da wird der Liebestrank mit Coca Cola in Beziehung gebracht. Nacheinander werden im ersten Akt verschiedene Verkaufsbuden oder auch Verkehrsampeln aufgeföhren, „Spaß“ wird mit der Technik herbei gezogen. Zum Glück lassen Eun Yee You als angebetete Adina, Jonathan Veira als Quacksalber Dulcamara, aber auch Stanley Jackson als zum Fensterputzer umfunktionierter einfältiger Landmann Nemorino, Hermann Wallén als nun amerikanischer Besatzungsoffizier Bel-core und Ji-Yeon Jeong als überzeugende Sänger und Darsteller die szenische Oberflächlichkeit der Regie auch in den Chorszenen über ganze Strecken vergessen. Was der Dirigent Balázs Kocsár am Pult fordert, bleibt unter dem Niveau des Gewandhausorchesters und ohne Esprit. Schade.

• W. W.

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Es ist ja nicht gerade so, dass wir uns auf die Bildschirme drängen. Nein, wir werden von den Redaktionen gebeten ...

Obwohl ich sonst gern ein solches Zitat mit dem Sager ergänze, erspare ich mir hier diese Vollständigkeit, denn sie tut nichts zur Sache. Entweder haben wir zu viele Fernseh-Sendungen oder zu viele Kanäle oder zu wenig Themen. Warum sagen mir sonst bei Illner, Kerner, Maischberger, Christiansen, Beckmann, Plasberg oder Kachelmann so oft die gleichen Leute „Guten Abend?“

Bin ja selber schuld, muss mir ja wirklich nicht alle diese Sendungen ansehen, was ich übrigens auch nicht tue. Aber letztthin bei Frau Maischberger, als es ums Thema „Huren“ ging, durfte – ich ahnte es ohnehin – die gute alte Domenica nicht fehlen, die an diesem Abend nur albern dazwischen quakte. Sie war eben schon immer meist nur für Spaß zu haben und ... käuflich.

Bei den Politik-Themen geben sich gern und oft die Herren Wiefelspütz (SPD), Pofalla (CDU), Söder (CSU) oder die „grüne“ Dame Roth die Ehre. Leider ist mir meine diesbezügliche Strichliste verlorengegangen. Glauben Sie mir's bitte trotzdem mal.

Besonders ärgerlich sind die Sendungen, in denen sich das Medium selbst zur besten Sendezeit einlädt. Also, wenn letztthin bei ZDF-Kerner, ZDF-Nebel als

Gesichter

Von MICHAEL ZOCK

Deutschexpertin agiert. Das ist doch wohl Medieninzucht pur. Zunehmend duzen sich die Bildschirmgrößen auch vor den Kameras.

Und wenn die zwar gut-aussehende aber nichtssagende Pro 7-Sonia Kraus im MDR-Riverboot über ihr neuestes Büchlein plappert, dann ist das nicht mal blöder Sinn. Garantiert tut sie es eine Woche später auch im NDR zwischen 22 und 24 Uhr. Und nicht nur sie. Bücher werden zu Hauf präsentiert. Es gibt aber auch Ausnahmen, wenn beispielsweise eine Gisela May beim Bremer Talk „3 nach 9“ aufkreuzt und so gar nicht nach Schema „F“ antwortet. Da machen mir dann Fernsehquatscherein richtig Spaß. Aber, man weiß ja leider nie, wer außer den Talk-Dauerabonnenten wie Dirk Bach oder Verona Pooth oder Uschi Glas sonst noch kommen darf.

Ja, und jetzt radelten alle nach dem „Enthüller“ Beckmann auf der Mitteleidntour für Millionäre mit. Pressekonferenzen werden live übertragen. Wer rast als nächster Gedopter durch Ziel? Das ist die Frage. Plötzlich kann es gar nicht schnell genug gehen, nach jahrelangem Schweigen. Nicht nur Erik Zabel kamen die Tränen, mir auch, denn ich dachte an meine Oma: Geld verdirbt den Charakter, zuviel Geld vernichtet ihn ... hätte sie gebummelt. Eigentlich dürfte ich diese Kiste nie mehr anstellen. Warum schaffe ich das nur nicht?

Landschaften und Rückenschmerzen

Die Sparkasse in Leipzig verfügt nicht nur über die größte Sammlung der so genannten „Leipziger Schule“, sondern präsentiert sie regelmäßig in ihrer Kunsthalle. Diesmal Werke der älteren und mittleren Generation zu „Landschaften“, wobei sie nicht auf Leipziger Stadtlandschaften eingeengt werden. Melancholische Rätselfelder wie von Eberhard Löbel „Erinnerung“ (1974) sorgen für Anregung, ebenso wie Wolfram Ebersbachs Kontrast-Phantasie „Sommerhimmel“ (1988/98). Gudrun Pontius' „Landschaft mit Regenbogen“ (1981) überrascht mit Nuancen der Farbe Grün; Meer, Himmel und Dünen verschmelzen. Die großen Namen fehlen nicht: Wolfgang Mattheuer mit kleinen Landschaftszeichnungen, die seine Virtuosität mit Blei, Grafit, Aquarell, Wasserfarben, farbige Kreiden unterstreicht. Daneben hängen die dunstig smaragdnen Italien-Aquarelle von Werner Tübke. Auch seine selten zu sehende „Landschaft bei Leipzig“ (um 1958) ist dabei, diese Mischung aus realen Altbauten und zart-weißen Visionen neuen, industrialisierten Bauens, umgesetzt als eine Symbiose aus Idealvedute und Traum, darf immer wieder neu befragt werden. Ursula Mattheuer-Neustädt ist mit ihren sensiblen Kugelschreiber-Zeichnungen genauso vertreten wie Arno Rink, Bald-win Zettl, Sighard Gille, Heinz Zander – mit seinen barbusigen Engeln im pulsierenden Eisgebirge „Rast im Gebirge“, (1993) – und Michael Triegel, der in Stil und Motivwahl ein Wiedergänger Tübkes zu sein scheint. Ein



Werk von Neo Rauch aus Studentenzeiten „Stadtlandschaft“ (1985) muss auch sein. Die Schätze aus dem Depot, kombiniert mit aufschlussreichen Leihgaben aus Privatsammlungen, lassen die Rückenschmerzen, die die extrem niedrige Hängung der Werke verursacht, schnell vergessen.

• D. M.

„Leipzig und die Landschaft“
noch bis 8. Juli 2007
Kunsthalle der Sparkasse Leipzig
Otto-Schill-Straße 4a
Di.-Fr. 15 – 18, Sa./So. 11 – 16 Uhr
Katalog: 15 Euro

Mehr als die Frau von ...

Mit Hochachtung und Erschütterung legt man das Büchlein mit dem Bericht über das Leben jener Jenny von Westphalen aus der Hand, die als Ehefrau Leben und Schicksal von Karl Marx' teilte, die eine zumeist schwierige und unsichere Existenz gegen ein wohlbehütetes und sorgenfreies Dasein eintauschte, das sie ihrer Herkunft nach als Baroness hätte haben können.

In 18 Abschnitten zeichnet der Autor chronologisch Etappen und Ereignisse ihres Lebens



Jenny Marx um 1850

nach – von der Abstammung, der Kindheit und der Jugend bis zu ihrem Tode, dessen Datum sich im Dezember vorigen Jahres zum 125. Male jährte.

Jennys Verdienste – das wird vielseitig veranschaulicht – bestehen nicht nur darin, dass sie unter oft widerwärtigsten materiellen und finanziellen Bedingungen Karl den Rücken freihielt für seine wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit, sondern zugleich darin, dass sie als Beraterin und Sekretärin, als Begutachterin seiner Manuskripte und teils als seine Vertreterin gegenüber Vereinen und Besuchern sowie die Erledigung von Korrespondenzen unmittelbar an seiner Arbeit teilhatte. Obwohl selbst immer wieder von größter Not bedroht, kümmernte sich um das Schicksal von Exilanten. Im letzten Lebensabschnitt wird sie selbst publizistisch tätig. Eine ihrer Theaterkritiken ist als Beispiel abgedruckt, ebenso wie einige ihrer Briefe, und vervollständigenden ihr Persönlichkeitsbild.

Sie gebar sechs Kinder, von denen drei überlebten. Bewundernswürdig ihre Haltung in der Ehekrise, die Karl durch seine Beziehung zu Helene Demuth heraufbeschwor hatte. • G. L.

Jürgen Wolfgang Mauer: *Jenny Marx oder: Leben wider den Zeitgeist. Karl Dietz Verlag, Berlin 2007. 131 Seiten, 23 Abb., 6,90Euro*

In den letzten Januartagen 1945 trieb die SS etwa 5000 jüdische Häftlinge, meist junge Frauen, Kinder und Alte in einem Todesmarsch von Königsberg nach Palmnicken an die samländische Ostseeküste. Den qualvollen Marsch durch Schnee und Eis überlebten noch 3000 Häftlinge, die zunächst im Bernsteinverarbeitungswerk des Ortes gefangengehalten wurden. In der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar trieb die mordende SS unter Führung von Obersturmführer Fritz Weber die jüdischen Menschen über die Steilküste in die vereiste Ostsee, um sie zu erschließen. Diesen größten NS-Massenmord an Juden auf dem Territorium Ostpreußens überlebten 14 Frauen und zwei Männer. Martin Bergau, der bereits mit seinem Buch „Der Junge von der Bernsteinküste“ (1994) an dieses Verbrechen erinnerte, erschließt akribisch eine Vielzahl von Quellen. Durch Aussagen Überlebender des Massakers und Zeitzeu-

Ein fast vergessenes Naziverbrechen

gen aus der Bevölkerung, aus Tagebuchaufzeichnungen, Protokollen sowjetischer Untersuchungskommissionen und bundesdeutscher Justizorgane sowie anderer Archivmaterialien zeichnet der Verfasser ein authentisches Bild der Ereignisse. Als Zeuge des Massenmordes, der teilweise auch im benachbarten Dorf Sorgenau erfolgte, wo ich mit meinen Eltern lebte, konnte ich durch einen Erlebnisbericht und einem Briefwechsel mit dem Autor zu diesem Erinnerungsbuch beitragen.

Dem Buch ist zu entnehmen, dass es bei Teilen der Bevölkerung Widerstand gegen das Verbrechen und Hilfe für die Überlebenden gab. So verhinderte der Volkssturmkommandeur Hans Feyerabend einige Tage lang die

Ermordung der Häftlinge und versorgte sie mit Lebensmitteln. Unter dem Druck des Sicherheitsdienstes (SD) ging er in den Freitod. In der Gedenkstätte Yad Vashem (Israel) ist unter der Archivnummer 10401 sein Einsatz für jüdische Menschen gewürdigt. Einige Einwohner genannter Orte versteckten Überlebende vor der SS und versorgten sie mit Nahrung. Daran waren auch unsere Nachbarn und meine Mutter beteiligt.

Gleichzeitig stellte jedoch der Bürgermeister und NS Ortsgruppenleiter Friedrichs aus Mitgliedern der Hitlerjugend ein „Jagdkommando“ zusammen, das versteckte Häftlinge aufspüren sollte.

Die Hauptverantwortlichen für das Massaker konnten in der BRD

jahrzehntlang unbehelligt leben. Erst in den 60er Jahren begann die bundesdeutsche Justiz gegen die Täter zu ermitteln. Fritz Weber beging in der Untersuchungshaft Selbstmord. Friedrichs, der bereits in den 50er Jahren dreist im *Ostpreußenblatt* als Autor in Erscheinung trat, verstarb vor Beginn des Gerichtsverfahrens. Danach wurde das Verfahren eingestellt.

Wie Bergau vermerkt, hatte die Landsmannschaft „Ostpreußen“ wenig Interesse an der Aufarbeitung der furchtbaren Ereignisse. Im Gegenteil! Man bezeichnete ihn als Netzbeschmutzer. Heute erinnert eine auf Initiative von Martin Bergau errichtete schlichte Gedenkstätte an der Ostseeküste in Jantarny an den Massenmord an der Bernsteinküste im Winter 1945.

• GÜNTER HARTMANN
Martin Bergau: Todesmarsch zur Bernsteinküste. Universitätsverlag Winter, Heidelberg 2006. 233 S., 19Euro

Das geistige Potential eines Landes – konzentriert an dessen Bildungs- und Forschungseinrichtungen – war schon immer ein bevorzugtes Operationsfeld geheimdienstlicher Tätigkeit. Das ist und war, trotz aller gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Diktaturen und Demokratien, in Ost und West schon immer so, waren und sind doch auf diesem Gebiet all jene Faktoren versammelt, die durch ihren Auftrag in Lehre und Forschung als Multiplikatoren in das gesamtgesellschaftliche Leben hineinwirken. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass das MfS der DDR gerade hier einen Schwerpunkt seiner konspirativen Tätigkeit sah.

Nun gibt es vielfältige Versuche, die geheimdienstliche Tätigkeit des MfS im Hochschulbereich der DDR zu durchleuchten, eine umfassende Einzeldarstellung, die sich auf die Sichtung eines riesigen Aktenmaterials stützen konnte, gab es bislang jedoch nicht. In Steffen Reicherts Arbeit „Unter Kontrolle. Die Martin-Luther-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit 1968–1989“ werden nun die Strukturen der Tätigkeit des MfS sehr detailliert analysiert und dargestellt. Es ist dies der Zeitraum zwischen dem Beginn der III. Hochschulreform, einem Teilstück des Aufbaus eines „entwickelten sozialistischen Systems“ in der DDR, und der Wende. Ausgehend von der in der 68er Verfassung der DDR festgeschriebenen Führungsrolle der SED und den sich

Konspirative Arbeit an der Uni Halle

daraus ergebenden Aufgaben für das MfS als „Schild und Schwert der Partei“ werden dann die Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten des MfS an der Martin-Luther-Universität (MLU) inhaltlich, organisatorisch und personell analysiert. Dem folgt eine umfangreiche Darstellung der Tätigkeit der inoffiziellen (IM) und hauptamtlichen Mitarbeiter an der Halleschen Universität. Neben den Aktivitäten bezüglich der Überwachung der Reisetätigkeit von Wissenschaftlern und der Kontrolle der einzelnen Ebenen der staatlichen Leitungsstrukturen der Universität widmet sich der Autor besonderen Schwerpunkten der MfS-Tätigkeit an einzelnen Sektionen und Bereichen, wie der Theologie (neuralgischer Punkt: evangelische Studentengemeinde), der Germanistik/Kunstwissenschaften (Kontakte der Wissenschaftler mit Schriftstellern; internationaler Hochschulferienkurs) und der Medizin, aber auch den besonderen Maßnahmen des Geheimnisschutzes unterliegenden

Forschungsbereichen der Hochtechnologie, die an der MLU betrieben wurden, wie die Flüssigkristallforschung oder die Arbeit des Biotechnikums.

Äußerst interessant ist schließlich der Abschnitt „Maßnahmen der Repressionen und der „Zersetzung““. Hier wird unter der Behandlung sogenannter „Operativer Personenkontrollen“ (OPK) an Fallbeispielen gezeigt, wie Verweigerungshaltungen bezüglich einer Zusammenarbeit mit dem MfS ist. Selbst ein langjähriges SED-Mitglied wie der Dekan der Philosophischen Fakultät und international anerkannter marxistischer Philosoph, Prof. Dr. R. Mocek, zum Gegenstand geheimdienstlicher Überwachungen wurde.

Man braucht sicher mit dem Autor nicht in allen Positionen seiner Recherchearbeit einer Meinung zu sein, er hat aber auf jeden Fall ein von vielen Fakten gestütztes nachdenkenswertes Buch vorgelegt, das sich von manch recht einseitig ideologisch verzerrten Darstellungen unterscheidet.

• HANS-MARTIN GERLACH

Steffen Reichert: *Unter Kontrolle. Die Martin-Luther-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit 1968–1989. 2 Bände (Bd. 1: Darstellung; Bd. 2: Quellen und Literaturverzeichnis, Kurzbiographien, Personenregister). Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2007. Zus. 680 Seiten, 45 Euro*

Die dunklen Seiten der Liebe

steuerten Leidenschaften, sondern ein verwirrendes und verführerisches Gespinnst romanhafter Phantasmagorien, von denen nicht einmal die beiden Liebenden wissen, wie viel sie davon glauben dürfen: „Die Wohlgestalt der Ordnung ist von bedrückender Pracht. Ihre Herrlichkeit verknüpft alle Dinge und macht sie einander ähnlich ...“

Diese kurze Passage steht wie ein Leitspruch ziemlich am Anfang des Romans und ist typisch für Dursts Technik eindrücklicher Andeutungen. Dursts Figuren gewähren ihren Lesern nur fragmentarische Einblicke. Und so bekommt man auch nur fragmentarisch mit, was zwischen dem Hausmeister und der verheirateten Frau vor sich geht. Klar ist von Anfang an das Begehren, aber es scheint unter

falschen, oder eher paradoxen Voraussetzungen entstanden zu sein. Denn die Frau liebt ihren Mann, den sie jedoch im Hausmeister zu finden vorgibt.

Uwe Durst fasst sehr überzeugend in Worte, in Bildern, in Szenen, was man eigentlich kennt und weiß: dass die Liebe eine Projektion von Wünschen ist. Sie erweckt diese Projektion zum Leben, macht eine eindringliche Szenerie aus ihr, die in dem anderen, dem eigentlichen Romansujet begründet liegt, diesem Mikrokosmos einer zutiefst entwurzelten Gesellschaft. • S.W.

Uwe Durst: *Die dunkle Herrlichkeit. Roman; Mitteldeutscher Verlag, Halle 2007; 127 S., 19,00 Euro*

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren

§ 218 wird in
Sachsen aufgehoben

In der Zeit materieller Not und sozialen Elends der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945 werden zunächst in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone Verwaltungsanordnungen erlassen, die vor allem in Fällen sozialer Not eine Schwangerschaftsunterbrechung für zulässig erklären. Im Ergebnis der Konsolidierung der antifaschistisch-demokratischen Gesellschaftsverhältnisse ergeht am 4. Juni 1947 ein Gesetz des Landes Sachsen über die Unterbrechung der Schwangerschaft, dem bis Februar 1948 entsprechende Gesetze in den anderen Ländern der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands folgen. § 218 StGB ist aufgehoben, eine Schwangerschaftsunterbrechung erlaubt, wenn die medizinische oder ethische Indikation gegeben ist (Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der Schwangeren, Sittlichkeitsverbrechen als Ursache der Schwangerschaft). In allen Ländern – außer in der Provinz Sachsen-Anhalt – ist außerdem eine soziale Indikation anerkannt (ungünstige soziale Verhältnisse der Schwangeren, die Mutter und Kind gefährden und durch entsprechende Hilfsmaßnahmen nicht ausreichend beseitigt werden können). Die Zulässigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung muss durch hierfür sachkundige Kommissionen in den Stadt- und Landkreisen entschieden werden.

In der DDR wird diese zeitbedingte soziale Indikation durch das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ vom 27. September 1950 wieder aufgehoben. Dieses Gesetz, das eine Vielzahl bedeutsamer Durchführungsbestimmungen enthielt, war Ausdruck neuer gesellschaftlicher Verhältnisse, die in der Folgezeit im wahrsten Sinne des Wortes zu dem sprichwörtlichen Kinderreichtum der DDR führte. Dass in der DDR herrschende gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln war hierfür nicht nur materielle Grundlage, sondern zugleich die gesellschaftspolitische Potenz dafür, Mutterschaft und Beruf zu vereinbaren.

Damit war im Osten Deutschlands in einer der strittigsten Fragen des Kampfes der Arbeiter- und Frauenbewegung um die soziale Gleichstellung der Frau ein Erfolg erreicht, wie ihn heute selbst nach 60 Jahren die Bundesrepublik Deutschland nicht nachweisen kann.

Nach wie vor gilt: Das kulturelle Niveau eines Volkes kann weitgehend daran gemessen werden, welche Stellung die Frau in der Gesellschaft besitzt und welche Sorge Staat und Gesellschaft den Kindern angedeihen lassen.

• KURT SCHNEIDER

Im Frühjahr 1947 trugen zahlreiche europäische Länder die Spuren des verheerenden Zweiten Weltkrieges. Not und Hunger herrschten in allen Besatzungszonen Deutschlands und in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin.

Nach einem Besuch im zerstörten Europa hielt USA-Außenminister George Marshall am 5. Juni 1947 eine bedeutende Rede vor Studenten der Harvard-Universität. Er stellte einen Plan zur Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt, gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos vor, einen Plan über die wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau Europas, fortan Marshall-Plan genannt.

Nun hätten die vom Krieg geschundenen Völker – gerade auch die Sowjetunion – durch eine wirksame Unterstützung aus der unzerstörten, boomenden USA-Wirtschaft gebrauchen können. Doch der Marshallplan stand von Beginn an im Zeichen der am 12. März 1947 verkündeten Truman-Doktrin, dem imperialistischen Programm des Eindämmens der internationalen Ausstrahlung der Sowjetunion als einer mächtigen Siegermacht über den deutschen Faschismus. Dazu kam, dass Großbritannien und Frankreich ihre Interessen gefährdet sahen, falls die Sowjetunion in ein solches Wiederaufbauprogramm einbezogen würde. Andererseits kam für die Sowjetunion angesichts der aggressiven antisowjetischen außenpolitischen Orientierung der USA-Regierung aus Gründen ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit eine Beteiligung am Marshallplan ohnehin nicht in Frage.

Durch verschiedene Hilfspro-

Vor sechzig Jahren:

Marshallplan – Wunderwaffe im Kalten Krieg

Der Marshallplan bezweckte durch die Stärkung der westeuropäischen Wirtschaft die „Eindämmung“ des kommunistischen Ostblocks.

Karikatur aus „Der Simpel“, Februar 1948: „Der Marshallplan wird beraten“, von H. Beyer.

gramme versuchten die USA, insbesondere die westdeutsche Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Neben Überlegungen, Deutschland zu einem leistungsfähigen Handelspartner zu machen und als Absatzgebiet amerikanischer Waren zu nutzen, stand dahinter vor allem die Absicht, im Zeichen des abbrechenden Kalten Krieges ein gestärktes Westdeutschland zu schaffen.

So flossen aus den USA Rohstoffe- und Nahrungsmittellieferungen in Höhe von 1,8 Milliarden Dollar, Marshallplanmittel in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar als Devisenhilfe im Rahmen des Europäischen Wiederaufbauprogramms (ERP) sowie weitere 235 Millionen Dollar aus anderen Programmen in die westlichen Besatzungszonen und nach Westberlin.

Schließlich wurde der Marshall-

plan zum Wegbereiter der sich nach der separaten Währungsreform im Juni 1948 in den Westzonen und Westberlin anbahnenden deutlichen Wirtschaftsentwicklung.

Nachdem die Münchner Konferenz der deutschen Länderministerpräsidenten zur wirtschaftlichen und politischen Lage in Deutschland (vom 6. bis 8. Juni 1947) ergebnislos endete, legte der Befehl Nr. 138 der SMAD vom 14. Juni 1947 die Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) fest. Dieser Schritt war die Antwort auf die von den Westmächten und westdeutschen Behörden betriebene Spaltung des deutschen Wirtschaftslebens. Der Aufbau der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone sollte schrittweise einer zentralen Lenkung und

Kontrolle unterstellt werden, um die ökonomischen Hilfsquellen besser zu nutzen. Diese Aufgaben oblagen der DWK, der die wirtschaftliche Exekutive übertragen wurde. Die DWK bestand vorerst aus den Präsidenten der Zentralverwaltungen für Transport, Brennstoff und Energie, Handel und Versorgung, Industrie, Land- und Forstwirtschaft sowie den Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Diese Kommission konnte zwar keine Gesetze erlassen, dafür hatte sie die Arbeiten der angeschlossenen Zentralverwaltungen zu koordinieren und die Grundlagen für eine künftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik zu schaffen.

Gegen die Unterstützung der aus dem Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich gestärkt hervorgegangenen USA, die mit dem Marshallplan bedeutende konstitutive Fundamente für die künftige wirtschaftsstarke Bundesrepublik Deutschland legten, hatte die kleinere, dazu rohstoffarme Deutsche Demokratische Republik trotz aller Bemühungen auf Dauer keine Chancen. Noch dazu ihr sowjetischer Partner selbst mit gewaltigen Kriegsschäden zu kämpfen hatte und auf die völkerrechtlich festgelegten deutschen Reparationen angewiesen war, die die sowjetische Besatzungszone und später die DDR aufzubringen hatte.

• WINFRIED STEFFEN

Gemeint sind mit dem Urteil „Historiker in der Diktatur“ die DDR-Historiker, gefällt wurde es vom Direktor des zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig, Professor Dr. Rainer Eckert, der die beiden letzten Arbeiten von Lothar Mertens rezensierte (Deutschland Archiv 2/2007).

Mertens, gebürtiger Rheinländer, zuletzt 2006 Vertretungsprofessor an der TU Dresden, ist im Dezember 2006 im Alter von 47 Jahren verstorben. Der Nachruf im Deutschlandarchiv erklärt sich aus dem politischen Platz von Mertens unter den DDR- und Totalitarismus-Forschern. Nachdem Mertens 1987 die Staatsprüfung für das erste Lehramt abgelegt hatte, wandte er sich der DDR-Geschichte zu. Er habilitierte in Bochum über die jüdischen Gemeinden in der DDR, deren Mitglieder (in „Davidstem unter Hammer und Sichel“, Hildesheim 1997) endlich erfahren, wie sie gelebt hatten, nämlich zwischen „Verfolgung, Duldung und schließlich Instrumentalisierung dieser Religionsgruppe, die erst nach der deutschen Vereinigung und insbesondere durch den Zuzug russischer Juden vor dem Aussterben bewahrt wurde“.

Mertens war seines Ruhmes sicher, als er in der Deutschen Bücherei in Leipzig die etwa 9000 unter Verschluss gehaltenen Dissertationen erfasste und mit Wilhelm Bleek die „Bibliographie der geheim gehaltenen DDR-Dissertationen“ (München 1994) heraus-

gab. Im gleichen Jahr veröffentlichten die selben Verfasser eine Analyse zum Promotionsgeschehen in der DDR unter dem Titel „DDR-Dissertationen. Promotionspraxis und Geheimhaltung von Doktorarbeiten im SED-Staat“ (Opladen 1994).

2006, in seinem Todesjahr, geriet Mertens in die Schlagzeilen, als zwei seiner Arbeiten auf dem Markt erschienen: „Lexikon der

„Historiker in der Diktatur“

DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern der Deutschen Demokratischen Republik“ (Saur, München 2006) und „Priester der Klio oder Hofchronisten der Partei?“ (Göttingen 2006). Insbesondere die Biographien haben wegen ihrer unsauberen Recherchen viele Proteste ausgelöst, auf die hier nicht eingegangen wird. Was hat Mertens' Analyse – laut Rainer Eckert – gebracht?:

• Die Bilanz der DDR-Geschichtsschreibung sei „deprimierend negativ“. Die Frage ist: Für wen und nach welchem Bewertungsmaßstab? Allerdings wird mit diesem Urteil schnell „erklärt“, warum fast alle DDR-Historiker „abgewickelt“ worden sind. Sie

haben eben nichts zustande gebracht.

• Die Zahl der international anerkannten Forschungen sei gering. Damit ist für nicht Eingeweihte begründet, warum die „Ökumene der Historiker“, die Karl Erdmann 1980 als Vorsitzender des Internationalen Historikerverbandes verkündete (mindestens 100 DDR-Historiker haben das gehört), sich wohl doch nicht lohnt.

• Zu den „renommierten“ DDR-Historikern „zählen unabhängig von ihrer politischen Haltung oder Position, Karlheinz Blaschke, Ernst Engelberg, Manfred Kossok, Jürgen Kuczynski (dessen Monographien vor 1989 Mertens leider nicht erwähnt), Walter Markov, Leo Stern, Eduard Winter und Hartmut Zwahr. – Ich vermute, einige würden in Erinnerung an August Bebel sich dagegen wehren, auf diese Weise „gewürdigt“ zu werden.

• Wer die „Biographien und Bibliographien“ von etwa 1000 DDR-Historikern lesen will, kommt mit 180 Euro zu diesem Vergnügen, das allerdings für den Verlag keines mehr ist. Das Pauschalurteil über die DDR-Historiker lautet: „Diese waren in ihrer Mehrzahl Büttel und Teil einer spätstalinistischen Herrschaft. Und dies waren sie durchaus freiwillig und überzeugt ...“

Es gab also überzeugte DDR-Bürger, die freiwillig für den Sozialismus und den Frieden wirkten. Danke, Herr Eckert!

• HORST SCHNEIDER, DRESDEN



Von
**KLAUS
HUHN**

Zunächst ein Blick weit zurück: Am 30. August 1904 gewann der US-Amerikaner Thomas Hicks in St. Louis den Marathonlauf der III. Olympischen Spiele. Sein Vorsprung vor dem französischen Silbermedaillengewinner Albert Coray betrug sechs Minuten. Ein Jahr später – also vor 102 Jahren – lud man den Trainer des Siegers zu einem medizinischen Seminar, wo er darlegen sollte, mit welchen Mitteln er ihn für den Sieg gedopt hatte. Das Plenum hörte gebannt zu: „Der Marathonlauf zeigte vom medizinischen Standpunkt deutlich, daß Drogen für die Athleten bei einem Straßenlauf von großem Nutzen sind. Zehn Meilen vor dem Ziel waren bei Thomas Hicks Anzeichen eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs zu bemerken. Als er um ein Glas Wasser bat, verweigerte ich es ihm; ich gestattete ihm lediglich, den Mund mit destilliertem Wasser auszuspülen. Er schien sich zu erholen bis sieben Meilen vor dem Stadion. In diesem Augenblick sah ich mich gezwungen, ihm ein tausendstel Gran Strychnin mit einem Eiweiß einzuflößen. Obwohl wir auch französischen Cognac bei uns hatten, verzichteten wir darauf, ihm noch weitere stimulierende Mittel zu geben. Vier Meilen vor dem Ziel bat Hicks darum, sich hinlegen und ausruhen zu dürfen. Weil wir aus Erfahrung genau wußten, was passieren würde, wenn Thomas sich jetzt niederlegen würde, gaben wir dazu nicht die Zustimmung und empfahlen ihm vielmehr, im langsamen Schritt weiterzugehen. Als Hicks die 20-Meilen-Marke passierte, war sein Gesicht aschfahl, so daß wir ihm noch einmal ein tausendstel Gran Strychnin, zwei Eier und einen Schluck Brandy gaben. ... Die letzten beiden Meilen lief Hicks nur noch mechanisch - wie eine gut geölte Maschine. Seine Augen verloren jeden Glanz, das Gesicht war völlig blutleer, die Arme hingen schlaff herab, und Hicks vermochte kaum noch die Beine zu heben, die Knie wirkten völlig steif. Er war bei Bewußtsein, doch plagten ihn Halluzinationen. So wurde die letzte Meile zu einer einzigen Qual. Nachdem er noch zwei Eier zu sich genommen hatte, erneut gebadet worden war und einen zusätzlichen Schluck Brandy

erhalten hatte, ging er mühsam die letzten beiden Hügel vor dem Ziel hinauf und schaffte es.“

Gedopt worden war Hicks also mit Strychnin und Alkohol. Selbst medizinische Laien dürften wissen, dass Strychnin zu den Giften gehört, die schnell und verheerend wirken. Diesen medizinischen Report habe ich nur ausgekratzt, weil vor einigen Tagen Bert Dietz, ein Leipziger Radrennfahrer, der auch schon Friedensfahr-Lorbeer errungen hatte und 2000 seine Profilaufbahn beendet hatte, in einer Talkshow mitteilte, dass er in den neunziger Jahren bei T-Mobile gedopt worden sei. Der Moderator tat fassungslos und spielte den maßlos Überraschten, der nicht glauben wollte, dass Radrennfahrer je Dopingmittel zu sich genommen hätten. Dann holte

es jetzt nicht nehme, habe ich wahrscheinlich am Jahresende so schlechte Ergebnisse, dass mein Vertrag nicht verlängert wird. Es war schon eindeutig.“

Wann das war? Zwischen 1994 und 1998. Moment mal – was das nicht die Zeit, in der rund um die Uhr die gleichen Moderatoren und „Dopingexperten“ die „Dopingverbrechen der DDR“ anklagten? Der Hauptvorwurf lautete, die DDR habe „flächendeckend“ gedopt. Wo wäre da der Unterschied zu den Ankündigungen der Telekom-Ärzte? Und wenn Dietz auf diese Weise zu Doping gezwungen wurde, möchte man vielleicht wissen, ob er denn schon Mitglied im Verein der Dopingopfer ist? Und ob er schon – wie andere – dort eine Entschädigungszahlung beantragt hat und wenn ja, ob man sie ihm schon ausgezahlt hat?

Das wären doch wirklich brennende Fragen, die vielleicht nicht in den „Vorabmeldungen“ unterzubringen waren, aber vor der Kamera hätten gestellt werden müssen!

Themawechsel: Da alle Medien rundum das Ende der Fußballmeisterschaft so ausgiebig gefeiert haben, will ich

nicht versäumen, auch darüber einige Zahlen zu verlieren. Ich erwähnte schon mal eine Tabelle, die aussagekräftiger als alle Kommentare wäre. Hier ist sie. Sie liefert drei Ziffern: Den abschließenden Tabellenstand in der Bundesliga, die Platzierung in der Etat-Tabelle der Bundesliga (in Klammern die nach Wikipedia publizierte Etatsumme) und die dritte Zahlenreihe gibt Auskunft über die Differenz zwischen beiden Werten:

Mannschaft	Platzierung	Etat	Differenz
1. FC Nürnberg	6	13. (14,0 Mio)) 7
VfL Bochum	8	14. (13,0 Mio)) 6
Energie Cottbus	13	18. (10,0 Mio)) 5
VfB Stuttgart	1	4. (30,0 Mio)) 3
Arminia Bielefeld	12	14. (13,0 Mio)) 2
Werder Bremen	3	4. (30,0 Mio)) 1
Hannover 96	11	12. (18,0 Mio)) 1
Schalke 04	2	2. (39,0 Mio)) 0
Mainz 05	16	16. (12,0 Mio)) 0
Alemannia Aachen	17	17. (10,5 Mio)) 0
Borussia Dortmund	9	7. (28,5 Mio)) -2
Hertha BSC	10	8. (27,0 Mio)) -2
Bayer Leverkusen	5	3. (30 - 35 Mio)	-2
Bayern München	4	1. (50,0 Mio)	-3
Hamburger SV	7	4. (30,0 Mio)	-3
Eintracht Frankfurt	14	9. (25,0 Mio)	-5
VfL Wolfsburg	15	9. (25,0 Mio)	-6
Mönchengladbach	18	11. (22,0 Mio)	-7

Sportkolumne Schon im Dopingopfer-Verein?

er noch einen Schwätzer vor die Kamera, den die ARD als „Dopingexperten“ beschäftigt und dessen Lieblingswort „perfidie“ ist. Wie das Mediensystem heutzutage funktioniert, wurde nebenher überzeugend demonstriert. Während man vor 102 Jahren noch ein wissenschaftliches Seminar arrangiert hatte, dessen Protokoll man Monate später druckte, wurden 2007 schon Stunden vor Beginn der Sendung „Vorabmeldungen“ verbreitet, in denen das Dietz-„Geständnis“ angekündigt wurde.

Damit will ich anmerken: Die seit Jahren in zyklischen Abständen ausgestrahlten oder in Büchern verbreiteten „Enthüllungen“ können nur den aufscheuchen und zum Einschalten eines Fernsehenders oder Kauf eines Buches motivieren, der allen Ernstes glaubt, man könne den Tourmalet oder die Steigung in Alpe d'Huez hinaufzudeln, wenn man zuvor eine Rennflasche Buttermilch oder kalten Tee zu sich nahm. Und wenn ein ARD-Moderator das nicht glauben will, sollte man ihm raten, demnächst eine seriöse Bibliothek aufzusuchen und dort wenigstens einen flüchtigen Blick in die regelweise vorhandene Sachliteratur zu diesem Thema zu werfen.

Und dann: Bert Dietz hat nach einer jener vielen „Vorabmeldungen“ angeblich „brisante Vorwürfe“ erhoben. „Auf die Frage von Moderator“ xy „ob die Telekom-Ärzte den Gebrauch von EPO angeordnet oder angeboten hätten, antwortete er: ‚Sie haben es angeboten, aber natürlich in so einer Form, dass jeder wusste: Wenn ich

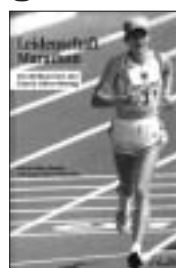
Biografisches:

Im DTSB gewachsen und erfolgreich

gang von der Mittelstreckenläuferin zu einer der besten Marathonläuferin der Welt in den 90er Jahren. Sie schildert alle Höhen und Tiefen ihrer Karriere, lässt auch die Allüren einzelner Sportfunktionäre des DTSB nicht aus. Z. B. wenn sie nicht zu Wettkämpfen nominiert wurde, weil man glaubte, sie würde nicht erfolgreich sein. Auch der Olympiaboykott im Jahr 1984 ließ die Favoritin auf den Olympiasieg nicht aufgeben.

Sie schreibt: „Dennoch waren wir Leistungssportler ... die eindeutig Bevorzugten in der Gesellschaft der ehemaligen DDR. Wir konnten eine vernünftige Ausbildung machen und dem von uns gewählten und bevorzugten Beruf nachgehen. ... Ich bin stolz gewesen, für unser Land zu starten.“

Ein anderer Sportler wäre am 27. Mai sicher gern als Etappensieger der Abschlussetappe der diesjährigen „Friedensfahrt“ über den Zielstrich gespurter. Jens Voigt, 1994 Sieger dieser Tour, ist heute in Diensten des Profirennstalls CSC und wird als „König der Ausreißer“ unter den Straßenradsportlern bezeichnet. Der zweifache Straßenradweltmeister „Täve“ Schurr: „Jens Voigt ist einer der erfolgreichsten deutschen Rennfahrer unserer Zeit.“



Jens begann seine sportliche Laufbahn Anfang der 80er Jahre im Bezirk Rostock als 10-Jähriger. Im Jahr 1994, vor seinem Friedensfahrtsieg, gewann er die Niedersachsen-Rundfahrt vor dem damals amtierenden Straßenweltmeister Jan Ullrich, mit dem er in Rostock als Schüler gemeinsam an der Sportschule trainiert hatte.

Nur wer aufgibt, hat verloren, so nennt der ehemalige Profi-Boxweltmeister Henry Maske seine Biografie, die schon Ende 2006 erschien, aber an Aktualität nichts verlor. Schließlich hatte Maske 10 Jahre nach Beendigung seiner aktiven Laufbahn im Frühjahr diesen Jahres einen siegreichen Revanche-Kampf gegen seinen letzten Bezwinger Virgill Hill. • R. FIEBELKORN

Helmut Recknagel: *Eine Frage der Haltung – Erinnerungen. Das Neue Berlin 2007. 256 S., 19,90 Euro*
Katrin Dörre-Heinig/Christoph Kützler-Schröder: *Leidenschaft Marathon – Die Weltkarriere der Katrin Dörre-Heinig. AGON Sportverlag Kassel 2006. 224 S., 16,90 Euro*

Andreas Cisielski: *Löwenherz – Aus dem Leben des „Königs der Ausreißer“. Scheunen-Verlag, Kückenshagen 2007. 152 S., 14,90 Euro*
Henry Maske: *Nur wer aufgibt, hat verloren. Verlagsgruppe Lübbe, Bergisch Gladbach 2006. 284 S., 19,95 Euro*



Seit vor 50 Jahren in der DDR der Deutsche Turn- und Sportbund als Dachverband des Sports gegründet wurde (LN berichtete), kämpften nahezu unzählige Sportlerinnen und Sportler erfolgreich und weniger erfolgreich in ihren Disziplinen bei Meisterschaften, internationalen Wettkämpfen oder Olympischen Spielen. Manches darüber ist bereits in Biografien oder Erzählungen nachzulesen.

Nun veröffentlichte Dr. Helmut Recknagel seine Erinnerungen *Eine Frage der Haltung*. Ein Titel, der sich nicht nur auf die Ästhetik des Skisprungs bezieht, sondern auch auf die Haltung zur Gesellschaft, in der man lebt. Recknagel zitiert dazu den Schweizer Skispringer Walter Steiner: „Bei Recknagel ... spürte man, dass ein ganzes Land hinter ihm stand. ... Ich wußte: Wenn ich einen DDR-Sportler besiegte, dann habe ich wirklich etwas geleistet.“

Als Krone der Leichtathletik wird der Marathonlauf bezeichnet. Oertels in die Sportanalien eingegangenen Spruch: „Nennt eure Kinder Waldemar!“ hörte ich zwar nicht original, dafür hatte ich 1980 das Glück, den zweiten Olympiasieg Cierpinski im Moskauer Olympiastadion mit zu erleben. Zum Ende der 80er Jahre hatten auch die Frauen den Marathonlauf für sich entdeckt. Unter ihnen die Leipziger „Herder“-Schülerin, Katrin Dörre. In dem Buch *Leidenschaft Marathon* schildert sie ihren Werde-

LN10'07: „Antifa-Demo in eine gegen Palästinenser umgewidmet“

Spiegel der Debatten – Beginn eines Dialogs?

„Right here – right now. Nazis entgegengetreten“ hieß die Demonstration gegen wachsende rechte Bedrohung in Leipzig und Markkleeberg und erzielte eben jenen Effekt: Wir lassen uns das nicht gefallen. Dieses offensive antifaschistische Zeichen zu setzen ist gegliedert. Wie nötig dies ist zeigte die nur eine Woche darauf folgende NPD-Zeitzeuginnen-Veranstaltung im Lokal „Lokomotion“, gegen die wiederum hunderte Antifaschisten auf die Straße gingen. Soweit so gut.

Hassan und Brigitte Zeinel Abidine kritisieren, gemeinsam mit arabischen Vereinen in Leipzig, das pro-Israelische Auftreten der Demonstrationsleitung am 29. April. Sicher hätte man darüber auf der zweistündigen Kundgebung am Markkleeberger Rathaus ins Gespräch kommen können. Denn ein LeserInnenbrief vermag nicht diese komplizierte Debatte zu führen. An mich als Veranstaltungs-Anmelderin, die mit dem Anliegen der Demo natürlich d'accord geht, dabei jedoch nicht die Rede-Inhalte oder Details der Vorbereitung in der Hand hielt, war im Laufe der Demo niemand herangetreten. So viel zum Formalen.

Israel-Fahnen gehören seit geraumer Zeit zum Standard-Zubehör von Antifa-Demonstrationen. Für die einen sind sie identitäre Ausstaffierung, für andere das geeignete Provokationsmittel. Gemein ist den verschiedenen Positionen eine Solidarisierung mit der Zufluchtsstätte für Juden und Jüdinnen, dem bürgerlichen Staat Israel und das Hochhalten der deutschen Verantwortung für

die systematische Vernichtung von über 6 Millionen Juden und Jüdinnen.

Sowohl die Israelfahne als auch der kritisierte Redebeitrag „Cool Kids tragen kein Palituch“ sind Ausdruck einer Debatte, die in der radikalen Linken bereits seit etwa 1989 geführt wird und sich mit der tätlichen Radikalisierung von islamischen Fundamentalisten im Namen des Heiligen Krieges verstärkte. Antimperialistische Positionen, die diesen mörderischen Kampf als legitim (verkörpern), wurden in der Folge scharf kritisiert und die Bedrohung des Staates Israel in den Fokus gerückt. Dazu kommt ein seit der Gründung des Staates Israel 1948 sich entwickelnder expliziter israelbezogener Antisemitismus, der mit der Schlussstrichmentalität in Bezug auf den Holocaust verquickt ist.

Nun legitimiert die – hier und da übersteigert daher kommende – Israel-Solidarität, keinesfalls den rassistischen Blick auf arabische Menschen. Einen „Maulkorb“ für die Kritik der offiziellen israelischen Politik darf es ebenfalls nicht geben.

Für antifaschistische Linke heißt es, PartnerInnen auszumachen, die gegen ideologischen Hass, gegen Gewalt und für ein friedliches Zusammenleben einstehen – in Israel wie in Palästina. Dies bedeutet andererseits aber auch dem politischen Programm und Kampf z.B. der HAMAS eine klare Absage zu erteilen, genauso wie es das bedingungslose Anerkennung des bloßen Existenzrecht des Staates Israel bedeutet. Es gibt einen großen Diskussions- und „Übersetzungs“bedarf zwischen den verschiedenen Perspektiven und auf den Nahostkonflikt. Das Diskussions-Angebot der AG Soziale Politik ist ein erster Schritt auf einem sicheren Weg.

JULE NAGEL, LINXXNET

Sind junge Linke geschichtslos?

Mit Unverständnis haben wir den Missbrauch der antifaschistischen Demonstration vom 29. April 2007 zur Verherrlichung israelischer Staatspolitik und damit zur Verteufelung der Palästinenser als Terroristen zur Kenntnis genommen. Wir bekennen uns in vollem Umfang zur Erklärung der arabischen Vereine in der Stadt Leipzig!

Wir wissen um die latente Debatte unter jungen Linken über den Staat Israel und das Verhältnis zu ihm. Dabei wird wiederholt jede berechtigte Kritik an der Politik dieses Staates in die Ecke von Antisemitismus und Judenfeindlichkeit gerückt. Es liegt uns fern, die jungen Linken zu maßregeln, aber es ist überfällig, endlich eine sachliche Debatte zu beginnen. Hier hat auch die Linkspartei.PDS ihre Verantwortung bisher ungenügend wahrgenommen. Ihr obliegt es, einerseits politische, historische und gesellschaftliche Zusam-

menhänge und andererseits die Grundlagen linker Politik von Solidarität mit geknechteten, ausgebeuteten und staatenlosen Völkern zu vermitteln. Wir meinen, ein linker Nationalismus lässt sich in seiner Wirkung von Neofaschismus und Rassismus kaum unterscheiden. Dafür führt er unweigerlich zu Spaltung und Ausgrenzung unserer natürlichen Verbündeten – weltweit und hier!

Wir üben Solidarität mit dem palästinensischen Volk, das seiner Heimat beraubt und dem durch terroristische Staatspolitik Israels das Recht auf einen eigenen Staat seit Jahrzehnten verwehrt wird! Wir unterscheiden im historischen Sinn zwischen dem Volk der Juden und der Staatspolitik Israels. Dieser Politik verwehren wir unsere Zustimmung!

PETRA WEIßFUß/NAOMI-PIA WITTE
Sprecherinnen der AG „Soziale Politik“ in und bei der Linkspartei.PDS-Leipzig

Soldaten raus aus Afghanistan!

Der Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend [SDAJ] schreibt zum Tod dreier Bundeswehrosoldaten in Afghanistan u. a.:

Der Anschlag vom Samstag ... ist eine Reaktion auf die Entscheidung von Tornado-Maschinen der Bundeswehr nach Afghanistan. Diese stellen faktisch die Leitzentralen der US-Angriffsstrategie in Afghanistan dar, im Zuge derer bereits Hunderte afghanische Zivilisten ermordet wurden. In der Wahrnehmung einer wachsenden Zahl von Afghanen handelt es sich bei den Bundeswehreinheiten deshalb um Unterstützungskommandos für den US-geführten Krieg. Weitere Todesopfer auch unter den deutschen Soldaten sind deshalb absehbar, wenn die Bundesregierung den Kriegseinsatz nicht sofort beendet.

Die Empörung über diesen Anschlag muss sich also gegen die Bundesregierung richten, denn sie sendet deutsche Soldaten, Tornados und Panzer in alle Welt und betreibt auch auf dem Rücken der Soldaten eine Politik, die auf die Sicherung der Rohstoffe und

Absatzmärkte für die deutschen Monopole gerichtet ist.

Von den bürgerlichen Medien und Politikern kommen nun standardisierte Schlagworte: Der Tod der Soldaten soll nicht „sinnlos“ gewesen sein, fordert „Bild“. Und „Verteidigungsminister“ Jung erklärt, „wir müssen den Soldaten den Rücken stärken, statt über ihren Einsatz zu diskutieren“.

Genau das Gegenteil ist der Fall: Die Soldaten haben ihr Leben verloren für die Interessen der kapitalistischen BRD und ihrer Konzerne in ihrem Kampf um Rohstoffe. Etwas Sinnloseres um Menschen zu opfern, gibt es nicht.

Im Oktober wird der Bundestag erneut über das Mandat der ISAF-Truppe in Afghanistan diskutieren und beschließen müssen. Das ist für die Friedenskräfte in der BRD eine Möglichkeit

tatsächlichen Druck auszuüben. Eine überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt den Afghanistan-Einsatz ab. Die SDAJ spricht sich dafür aus, dass die Friedensbewegung ihre Kräfte in einer gezielten Kampagne auf den friedenspolitischen derzeit wichtigsten Punkt konzentrieren sollte: Den Rückzug deutscher Soldaten aus Afghanistan!

Die SDAJ tritt ein für folgende Forderungen: Sofortiger Rücktritt des Verteidigungsministers Jung – aus Achtung vor den Familien und Freunden der Toten! Sperrung des deutschen Luftraums und der Häfen für den US-Nachschub für ihre Kriege im Nahen und Mittleren Osten! Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan! Auflösung der „Einsatzkräfte“ der Bundeswehr!

Lothar de Maiziére war's

In Klaus Huhns Wanderungen durchs Niemandsland in Ausgabe Nr. 10'07 ist in Spalte 2 die Rede vom, „letzten Außenminister Markus Meckel“. Das ist historisch falsch. Der letzte Außenminister der DDR war Lothar de Maiziére, auch wenn das so mancher nicht wahr haben will. Nichts für ungut.

Euer aufmerksamer Leser

FRANZ-KARL HITZE, BERLIN

Wanderungen durch Neufünfland

IN DER REDAKTION FÜRCHTEN sie jedesmal, dass ich zu viel schreibe, deshalb bin ich schon fast zum Stichwortautoren geworden, aber diesmal muss ich trotz allem mit einem Tucholsky-Zitat beginnen, auch wenn es mir wertvollen Platz stiehlt. Der unvergessene Literat sah vor gut siebzig Jahren in die Wanderzukunft und fürchtete: „Vielleicht kommt es eines Tages dazu, dass die nachtdunklen Felder, Wälder, Berge und Täler von Zentralflammen beleuchtet sind, dass man in ihnen sich bewegt wie auf dem Broadway und dass kein Mensch mehr auf den Gedanken verfällt, darin zu wandern.“ Nein, Kurt, so weit ist es bei allem Niedergang nicht gekommen, noch sind die Wälder auch fast frei von Werbung, aber niemand weiß, was sich morgen jemand einfallen lässt. Allerdings: Viel zu

Tucholsky und Spitzbuben ...

viele Bäume mussten inzwischen abgeholzt werden für das Papier, auf dem täglich Millionen höchst überflüssiger Reklameprospekte gedruckt werden.

AUF DEM WEG DURCH MAGDEBURG klagte uns mancher sein Leid, mancher darunter, den wir zu einem Drink einladen, weil er ihn selbst nicht mehr bezahlen konnte. Über die Elbestadt ist eine Haushaltssperre verhängt worden und die trifft die Armen am härtesten. So wird der Magdeburg-Pass, der als Eintrittskarte für die Suppenküchen gilt, vorerst nicht mehr ausgegeben und die Magdeburger Verkehrsbetriebe haben in ihrem neuen Tarif schon gar keine sozialen Ermäßigungen mehr vorgesehen. Auch an den Pforten der „Tafeln“, die Lebensmittel an Bedürftige verteilen, gelten künftig harte Bedingungen. Bislang

regelte der Magdeburg-Pass den Zutritt. Wer ihn hatte, war „gerettet“. Nun gibt es vorerst keinen mehr und eine der „Begründungen“ dafür, lautet: Der Pass war eine freiwillige Leistung der Stadt, die demzufolge nicht verpflichtet ist. Fazit: Die soziale Ausgrenzung marschiert weiter und wir kehren der Stadt flugs den Rücken.

HIER IST EINE GUTE NACHRICHT vom Wandersmann: In Gardelegen hatten Spitzbuben bei einem rüden Einbruch im Gymnasium für 350 Euro Süßigkeiten geklaut. Sie waren im Kühlschrank der Pausenversorgung eingelagert. Was tun? Einen Polizeihund alarmieren. (Erinnern Sie sich auch noch an Muchta? Dieser hier heißt „Boss“.) Der kam denn auch bald mit seinem „Chef“, einem Polizeihauptmeister und erschnüffelte sich die Spur. Vor einer Laube hatte ein Quintett gezeltet und dort stieß er auf den Rest der Diebesbeute. Jetzt muss die Polizei noch

klären, ob alle an dem Diebstahl Beteiligten „strafmündig“ sind, also wenigstens 14 Jahre alt.

WIEDER MEIN KARGES ZEILENBUDGET vor Augen, verzichtete ich darauf, mich in Meinungen nochmal über den Theaterherzog kundig zu machen, der den Weltruhm der Meiningener Bühne begründete. Zugegeben: Ich rufe nicht nach einem Herzog für die Stadt, kann aber nicht verhehlen, dass der Gedanke so fern nicht liegt. Eine Stiftung soll das Theater vor dem Untergang bewahren, aber nun soll auch die Eisenacher Bühne unter dem Dach dieser Stiftung gerettet werden. Das hält mancher Meiningener nicht gerade für eine grandiose Idee, aber die Verwaltungsoberen sind anderer Meinung. Hoffentlich behalten sie Recht. Wir kehrten in die Wälder zurück und fragten uns, wie denn wohl diese jammerarme DDR-Diktatur all die Theater über die Zeit rettete? Erlaubt sein muss solche Frage ...

• KLAUS HUHN

fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 4. Juni, 18 Uhr, Leipzig

 Podiumsdiskussion: „Der Leib des Denkers. Leib-
erinnerungen in Philosophie und Dichtung.“ Über
Durs Grünbeins Dichtung „Vom Schnee“ Mit Durs
Grünbein, Pirmin Stekeler-Weithofer, Volker Caysa.
Veranst.: Kopfschlag, AK Anthropologie des Körpers,
Inst. für Philosophie der Uni Leipzig, m. Unterstütz. der
Nietzsche-Gesellschaft u. der Rosa-Luxemburg-Stif-
tung Sachsen.

Ritterstr. 26, Alter Senatssaal

Dienstag, 5. Juni, 18 Uhr, Leipzig

 Buchvorstellung und Diskussion: *Ossip K. Flecht-
heim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsd-
enker (1919–1998)*. Mit Prof. Dr. Mario Keßler, Potsdam.
Moderation: Dr. Gerald Diesener. In Zusammenarbeit mit
der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Mittwoch, 6. Juni, 18 Uhr, Leipzig

 Vortrag und Diskussion: *Der Völkermord an den
Armeniern (1915/16) und seine Leugnung*. Mit
Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Mittwoch, 6. Juni, 19 Uhr, Dresden
*Memorandum 2007: Für eine demokratische Wirt-
schaftspolitik*. Mit Dr. Axel Troost, MdB, WASG
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 7. Juni, 19 Uhr, Leipzig
Junge Wissenschaftlerinnen stellen sich vor: Dipl.
Ing. Franziska Müller-Langer, Leipzig: *Status und
Perspektive von energetischer Biomassenutzung in
Deutschland*. Stud. Janina Petri, Berlin: *Jugendliche
Medien und Identitätskonstruktion*. ***
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Donnerstag, 7. Juni, 19 Uhr, Leipzig
*Gender-Kritik. Interdisziplinäre Dispute um Metho-
den und Probleme der Geschlechterforschung im*
*Spannungsfeld von Essentialismuskritik und Kör-
pertechnologie. Normierung als Zwang?* Mit Heinz
Voss, Bremen und Dr. Peter Heuer, Leipzig. Veran-
stalter: Universität Leipzig, Zentrum für Frauen- und
Geschlechterforschung mit Unterstützung der Rosa-
Luxemburg-Stiftung. ***

Deutsches Literaturinstitut Leipzig, Wächterstr. 11

Dienstag, 12. Juni, 18 Uhr, Leipzig

 „... sieh, dass du Mensch bleibst“ (Rosa Luxem-
burg). *Frauen im deutschen Kommunismus. Zum
150. Geburtstag Clara Zetkins*. Mit Prof. Dr. Jutta
Seidel und Prof. Dr. Klaus Kinner
Midisage der Ausstellung von Alex Bär: *Malerei,
Weltenzirkus, Mensch und Einweihung des Bronze-
porträts Rosa Luxemburgs* von Hanna Studnitzka in
der Stiftung.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Mittwoch, 13. Juni, 19 Uhr, Chemnitz

 Lesung und Diskussion: *Meine Geschichte der DDR*.
Mit Wolfgang Leonhard. Moderation: Dr. Werner
Abel. Veranstaltung der RLS mit Unterstützung der
Thalia-Buchhandlung und dem Rothaus e. V. Eintritt:
5 bzw. 3 Euro.

Agricola-Gymnasium, Park der Opfer des Faschismus 1

Donnerstag, 14. Juni, 17.30 Uhr, Chemnitz

 Vortrag und Diskussion: *Buchfassung „Briefwechsel
der Sackes“ (mit Lesung)*. Mit Dr. Volker Hölzer,
Leipzig

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Donnerstag, 14. Juni, 17.30 Uhr, Chemnitz
Globalisiertes Chemnitz. Mit Thomas Bossack,
Greenpeace. Teilnahmegebühr: 4 Euro
Stadtteilbibliothek, 4. Etg., Wladimir-Sagorski-Str. 20

Sonnabend, 16. Juni, 10 Uhr, Leipzig

Regionaltagung der StipendiatInnen:

Stadt in Bewegung?

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Sonnabend, 16. Juni, 11–17 Uhr, Dresden
Bunte Republik Neustadt 2007

WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

 *** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-
Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politi-
sche Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind öffentlich.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Juni neu bei uns:

 Eberhard Panitz: *Der geheime Rotbannerorden*.

Verl. Heinen, 10 Euro

Amnesty International, Jahresbericht.

Fischer Verl., Frankfurt, 14,90 Euro

 Hermann Weber, Gerda Weber: *Leben nach dem „Prinzip links“*.

Verl. Links, 19,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

fl 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Unsere Genossin

Annegret Köhler

wird am 3. Juni

65 Jahre.

 Wir gratulieren herzlichst
und danken dir
für deine Treue, deinen
Einsatz und dafür, dass du
dich immer wieder für Frie-
den und Sozialismus und
für eine menschliche Welt
einsetzt.

 Dein Linkspartei.PDS-
Ortsverband Connewitz-
Dölitz

Unsere Genossin

Uta Schmidt

ist am 30. Mai

sechzig geworden.

 Wir gratulieren herzlichst
und wünschen dir,
liebe Uta,
für das neue Lebensjahr
alles erdenklich Gute.

 Dein Linkspartei.PDS-
Basisgruppe Löbnitz II

Carl-Schorlemmer-Apotheke


 Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

 Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

 Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Initiative

Christliche Linke

 11. 6., 18 Uhr, Gemeindefaal
der Nikolaikirche Leipzig, Prof.
Dr. Kurt Schneider, Vortrag:
*Die Unabhängige Sozialdemo-
kratische Partei Deutschlands
– eine Parteineugründung vor
90 Jahren*

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR.

des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro

-
- Studierendenabo**
- (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
-
-
- Probeabo**
- (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum
Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

 Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und
wird über die Post zugestellt. Das Abonne-
ment verlängert sich jeweils um ein halbes
Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor**
Bezugsende in der Redaktion kündigt.

-
- Ich bitte um Rechnung
-
-
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung
(Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers



Zum 6. Kinderfest am 10. Juni 14–18 Uhr

Reudnitzer Terrassen, Oststr. 81

lädt ein

die Basisorganisation

Reudnitz-Anger-Crottendorfer-

Thonberg

Die Linke.PDS

Internationale Traditionstreffen in Malá Úpa an der Schneekoppe

 Diese Treffen basieren auf den tschechisch-deutschen Riesengebirgs-
treffen zwischen 1922 und 1933.

 Seit 1972 finden jährlich am letzten Sonnabend im August Traditions-
treffen in Malá Úpa zur Erinnerung an diese erfolgreiche deutsch-tsche-
chische Zusammenarbeit statt. Am Ort des ersten Treffens wurde ein
imposantes Denkmal errichtet, das nach 1989 abgerissen wurde. Weiter
wurden internationale Jugendtreffen durchgeführt. Im Mittelpunkt ste-
hen heute soziale, wirtschaftliche und politische Bedingungen in beiden
Ländern wie auch in Europa. Gleichzeitig nimmt der antifaschistische
Charakter dieser Treffen zu.

Das Treffen findet in diesem Jahr am 25. August statt.

 Die Teilnahme ist sowohl im Rahmen einer Bus-Reise (6 Tage, vom 21.
bis 26. 8. 07) zum Preis von 369 Euro p. P. als auch durch Selbstanrei-
se möglich. Ausführliche Informationen sowohl zum Programmablauf
der Bus-Reise als auch zu preiswerten Hotelplätzen sind erhältlich bei
Gerda Uhlig, Tel.: 0341-6883502, Gisela Lingenberg, Tel.: 030-
5125430 bzw. e-mail: gisela.lingenberg@web.de sowie beim Veran-
stalter tuk international, Tel.: 030-4233330 bzw. www.tuk.de

Leipzigs Logo-Lügen

Die formalen Voraussetzungen seien nun erledigt, freute sich Leipzigs Wirtschaftsbürgermeister Uwe Albrecht, CDU, dieser Tage. Er meinte die Vereinigung der beiden Firmen, die in der weiten Welt für Leipzig werben und die bisher verschiedene parteipolitische Suppen köchelten. Was ja nun wirklich überflüssig ist. Ist doch längst alles Einpotf. Und deshalb ist es mir ehrlich gesagt

ger gewesen. Ich bin ein Plappermaul, ich wollte doch eigentlich über diese Fischer-Art-Logos reden, mit denen die Werbefuzzis von der LTS, bisher unsere Stadt bewerben. O nein, ich werde jetzt nicht auf den Trick eingehen, seien 0-8-15-Namem mit art, also Kunst, aufzupöppeln. Ich rede bloß von den nackten Logos. Denn im Zuge der Vereinigung der



Jacke wie Hose, ob ein Verein namens Leipzig Tourist Service (LTS) oder eine Marketing Leipzig GmbH ohnehin nur recht linkisch in der Welt tingeln. Letztere mit ihrem plump von München abgekupferten Slogan „Leipziger Freiheit“. Die '89er Konterrevolution lässt grüßen, was auf den Darm drückt, weil auch diese Benennung wieder die These von den beiden Diktaturen bedient. Da staunen Sie? Oder wissen Sie etwa, dass die namensgebende „Münchener Freiheit“ bei den Nazis „Danziger Freiheit“ hieß und dass dieser Platz im Bohème-Bezirk Schwabing dann 1946 umbenannt wurde: Zum Gedenken an die „Freiheitsaktion Bayern“ (FAB) und andere „zum Widerstand gegen die Naziherrschaft entschlossener Bürger“, die „in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs sinnloses Blutvergießen verhindert haben“. So steht es auf einer Tafel an der „Münchener Freiheit“, die allerdings von fast allen Passanten des Platzes übersehen wird, wie Reiseführer einräumen.

Die außerordentlich beliebte Konditorei „Münchener Freiheit“ oder die gleichnamige 1980 von Stefan Zauner gegründete Band, die mit gewiss sehr politischen Titeln wie „Ohne Dich schlaf ich heut Nacht nicht ein“ Furore machte, wären als als Namensvorbild spafii-

beiden Firmen bereiten sich diese auch mit einem neuen Logo auf einen „gemeinsamen Auftritt“ vor, wie es heißt. Nun gehöre ich zwar nicht zu den 18 Agenturen, die „Briefing“-Unterlagen bekamen, um sich ein neues Logo auszudenken. Aber einen Rat geben möchte ich denen schon: Bleibt bitte, bitte schön in Fischers ostalgischer Spur! Wobei, Bachstadt, das geht sowieso durch, auch im Westen. Dann: Autostadt – was für eine perfid-schlaue CO₂-Werbung für die Rennwagen von BMW und Porsche. Jetzt aber geht's los: Kulturstadt? Das Ding mit der Maya-Pyramide ist ein Kracher und insofern schon eines Preises der Lachmesse würdig. Weiter: Messestadt, meinestwegen, manche protzen noch mit viel weniger. Nun wird's lustig: Uni-Stadt – als Symbol der der Universität weggenommene „Riese“. So eine saftige Watsche aber auch. Bloß schade, dass Fremde, also Uneingeweihte, da gar nicht lachen können. Noch ostalgischer könne es nicht kommen? O doch: Sportstadt! Dazu der Fußball-Kicker. In Leipzig? Oje! Wohl dem, der Eigentore als Gewinn punkten kann..

IHRE MILIANE MAUS



Keine Proteste ?

Warum schreit keiner der einstigen „Schwerter zu Pflugscharen“-Schmiede bei solch aktuellen Zeitungsbildern auf?

Meine Uroma tat's und erinnerte sich an die „Flintenweiber“ ihrer Jugend. Heißt es jetzt wirklich: Frauen greift zur Waffe, damit ihr einen gutbezahlten Job kriegt?

Was die Männer bei diesem Kriegsspiel erleben ist blutiger Ernst. Da verschlug es jetzt der blonden Sabine in ihrer Sendung „Christiansen“ fast die Sprache, als ein junger „getroffener“ Feldweibel, Mitte 30, meinte: In Afghanistan hörte 2003 mein eigentliches Leben nach einem Feuerüberfall auf... Ja, Schüsse tun Geist und Körper sehr, sehr weh. Da erblasst jede Computerballerei. Aber müssen wir das wirklich immer erst am eigenen Leibe ertragen, um dagegen zu sein?

... das ist doch tödlich!

• MIC



Oberfeldweibel Katja Kaminsky erklärt den Aufbau des Gewehrs G-36. Foto: André Kempner

Mädchen-Zukunftstag

Man kann keine Forellen fangen, ohne sich die Hände nass zu machen! Alle Dinge in diesem Leben haben eine gefährliche Seite.

CERVANTES

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Weltweit sterben jährlich neun Millionen Menschen an Tuberkulose, davon 6000 in der BRD. Vor 2012 wird es keinen neuen Impfstoff geben. Die Pharmaindustrie hat sich nicht engagiert, da es in den armen Ländern nichts zu verdienen gibt.

DLF 14. 5.

In der BRD werden 2007 rund 150 Milliarden Euro vererbt. Vieles fällt Erbschleichern in die Hände.

Leiharbeiter streiken nicht, das nutzt die Telekom aus, um Streiks abzuwürgen.

ZDF 15. 5.

Man muss nicht in die Wüste gehen, um den Verstand zu verlieren – da reicht schon die Beobachtung des alltäglichen Politikspektakels in Deutschland.

ND 16. 5.

Wolfowitz hat ein gutes Herz und er sorgt für die Armen.

Präsident Bush in ARD 17. 5.

Schwule deutsche Fußballer können sich in ihren Klubs und gegenüber den Fans nicht outen. Ihre Karriere wäre sofort beendet. Im Fußball herrscht

nach wie vor der Muff der 50-er Jahre.

3sat 18. 5.

Ein Drittel der Abgeordneten des afghanischen Parlaments sind Warlords oder Drogenbarone.

DLF 21. 5.

Deutsche Medikamente, bei denen das Verfallsdatum abgelaufen ist, werden in Simbabwe für teures Geld verkauft. Ein Wahnsinn.

DLF 20. 5.

Der Profiradsport ist ein Sumpf, doch die Frösche quakten bisher nicht. Jetzt ist es anders geworden.

In der BRD verschwinden pro Jahr rd. 100 000 Menschen, davon 6000 für immer. Von den Behörden gibt es keine Unterstützung für die Angehörigen.

ZDF 22. 5.

Die Tornado-Fotos sollen doch nicht dazu dienen, zivile afghanische Dörfer zu bombardieren, sondern die Lager der Taliban.

DLF 23. 5.

• ENTDECKT VON
MANFRED ERBE

Zuckerbrot und Peitsche:

Obsoleter Herrschaftsmethode, seitdem die Schädlichkeit des Zuckers für die Gesundheit des Menschen erwiesen ist.

REINHARD LOCHNER

Anzeige



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341/21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

29. Mai 2007

Die nächste Ausgabe erscheint am 15. Juni 2007

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der

Sparkasse Leipzig,

BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40

BÜROMÖBEL
www.buero-richter.de